

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

161 (15.7.1925)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußkumde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 S. ohne Zustellung. Einzel-  
preis 10 S., Samstag 15 S. — Anzeigen: die einseitige Kolonelle  
20 S., auswärts 25 S., Reklamen 80 S. Annahmefrist 8 Uhr vormittags.  
Ausgabe: Wertags mittags. Geschäftsstelle  
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:  
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.  
Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich: Herz  
mann Kabel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag  
der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

## Das Anleihe - Ablösungsgesetz im Reichstag

Alle Verbesserungsanträge der Opposition abgelehnt — Die Vorlage in zweiter Lesung angenommen

Berlin, 14. Juli. In einer Dauer Sitzung des Reichstags am Dienstag machte die Beratung des Aufwertungs- und Anleiheablosungsgesetzes gute Fortschritte. Das Haus zeigte das gleiche Bild wie am Vortage. Während der Rede waren die Bänke der Abgeordneten fast leer, was sich auch daraus erklärte, daß die Fraktionen während der Plenarverhandlungen Sitzungen abhalten müssen, da sonst wegen der langen Ausdehnung der Plenararbeiten für die Fraktionen keine Zeit zu Beratungen bleibt. Bei den Abstimmungen aber füllte sich der Saal jedesmal sehr stark. Es zeigt sich, daß sämtliche Parteien alles aufboten, um ihre Mitglieder in Berlin zusammenzuhalten. Zunächst wurden die zurückgestellten Bestimmungen vorgenommen. Alle sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt, darunter auch der wichtige Antrag, der bei den Sparkassen die Aufwertung von 15 auf 25 Proz. erhöhen will. Dann trat man in die Generaldebatte über die Ablösung der öffentlichen Anleihen ein. Für die Sozialdemokratie sprach Abg. Dr. Leber. Er erklärte das ganze System der Ablösung der öffentlichen Anleihen für sinnlos. Der größte Teil der bewilligten 125 Millionen Goldmark werde den Sparern nicht zugute kommen. Sie erhielten ein unverzinsliches Papier, das keinen Kurs haben werde und im allgemeinen unverkäuflich sei. Es würden 15 Jahre vergehen, bis die Besitzer mit der Auslösung rechnen können. Viele alte Leute würden diesen Glücksfall nicht mehr erleben. Zahlreiche Anleihebesitzer würden gezwungen sein, durch Notverkäufe ihre aufgewerteten Anleihen unter allen Umständen los zu werden. Der kommunistische Redner Korjch und der völkische Redner Jäger unterstützten unseren Standpunkt, während die übrigen Parteien sich in Schweigen hüllten. In der Spezialdebatte trat der sozialdemokratische Abg. Taubadel nochmals für eine Inflationssteuer ein. Abg. Keil verlangte die Streichung des Neubestandes von der Aufwertung. In einer langen Rede entwickelte Dr. Quejfel ein sozialdemokratisches Aufwertungsprogramm für öffentliche Anleihen. Er verlangte 20 Prozent Aufwertung bei einem Zinssatz von 5 Proz. und Staffellung je nach der Größe des Anleihebestandes. Alle unsere Verbesserungsanträge wurden abgelehnt.

Das Haus beginnt nach 8 Uhr mit den Abstimmungen über das Anleiheablosungsgesetz. Sämtliche Anträge der Sozialdemokratie wurden abgelehnt. Mit der Opposition stimmten einige Male auch der linke Flügel des Zentrums, ohne daß eine Mehrheitsbildung damit ermöglicht worden wäre.

Das Haus stimmte dann einem Gesetzentwurf Müller-Frankens (Soz.) einmütig zu, der den Sozialrentnern in der Anrechnung ihres evtl. Einkommens die Berücksichtigung auf Bewegung ihrer Unterbringung einräumt, die in Zukunft den „Bedürfnissen“ in dieser Beziehung gewährt werden.

### Sitzungsbericht

Präsident See eröffnet die 94. Sitzung des Reichstages um 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Bei der Nr. 1, wonach die Markanleihen des Reiches in die neue Ablösungsschuld des Reiches umgetauscht werden sollen, findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt. Von den Sozialdemokraten liegt ein Antrag vor, den Entwurf an den Aufwertungsausschuß zurückzuweisen und ihn nach bestimmten Richtlinien umzugestalten.

### Abg. Dr. Leber (Soz.)

führte aus, der Abg. Herat begann neulich seine Rede damit, daß der Spatz in der Hand besser sei als die Taube auf dem Dache. Was hier den armen Sparern geboten wird, ist tatsächlich ein abgemagerter Sperling, so gerührt, wie die Deutschenationalen jetzt selbst sind. Das Kompromiß ist ungenügend. Wir wollen eine Inflationssteuer auf die Bestehenden legen, um den armen Sparern zu helfen. Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb über die Rede von Herat: „Die Demagogie am Pranger“. Das war eine deutschnationale Autographie. Was hier den armen Sparern geboten wird, ist in der Tat ein magerer Spatz, so gerührt wie die Deutschenationalen jetzt selber sind. Das Kompromiß ist ungenügend. Wir sollten eine Inflationssteuer auf die Bestehenden legen, um den armen Sparern zu helfen. Aber der Ausschuß hat nur die Komödie einer Resolution beschlossen, daß irgend einmal eine Inflationssteuer kommen möge. Für die armen Sparern hat das Reich kein Geld. Aber Herr Mumm hat der Finanzminister in einem Privatgespräch ohne weiteres für 15 Jahre je fünf Millionen Mark für die Religionsgesellschaften zugesagt. Dieses ganze Gesetz ist ein Aufwertungs- und als ihnen dies noch nicht ge-

nügte, streifte die Börse. Die richtige Antwort auf den Börsenstreit wäre gewesen, die letzten 2 1/2 Prozent Aufwertung für die Spekulantennachschüsse zu streichen. Der Redner schilbert dann, wie die Regierung den Börsenwert des Ablösungsspeklers in den Ausfuhrverhandlungen auf 165 Prozent befestigte. Abg. Herat habe diesen Wert sogar auf 180 Prozent angehoben. Dann seien die Bankleute gekommen und hätten als wirkliche Fachleute erklärt, das Papier werde überhaupt keinen Kurs haben. Dann aber habe die Regierung wieder erklärt, wenn das Papier keinen Kurs habe, so könnten es die Anleihebesitzer nicht verkaufen und würden es aufheben, bis es ausgelöst werde. (Gelächter links.) Das Gesamturteil über diese Vorlage lehnt der Redner wie folgt zusammen: Juristisch ein einwandfrei ausgestelltes System, praktisch eine Unmöglichkeit und finanziell eine unverantwortliche Rechtfertigung. Der Redner lehnt sich dann noch für seine Anträge ein, die außer der bereits erwähnten Zurückverweisung der Vorlage u. a. den Neubestand ganz streichen wollen und sich für eine Inflationssteuer aussprechen, deren Erträgnis einer jenseitigen Lösung der Aufwertungsfrage zu Gute kommen soll.

Der Redner lehnt sich dann für seine Anträge ein, die außer der bereits erwähnten Zurückverweisung der Vorlage u. a. den Neubestand ganz streichen wollen und sich für eine Inflationssteuer aussprechen, deren Erträgnis einer jenseitigen Lösung der Aufwertungsfrage zu Gute kommen soll.

Namens der demokratischen Fraktion gibt der Abg. Freiherr v. Rüdiger-Dannover eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir sind einmütig der Auffassung, daß das vorliegende Gesetz eine sehr unglückliche Fassung erhalten hat und zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt. Die ganze Vorlage behandelt eine sehr schwierige Materie und kann nicht, wie es im Ausschuß behauptet ist, in einem Eiltempo erledigt werden. Der Gesetzentwurf bedarf umso mehr einer Neuprüfung, weil seine Wirkungen für die Kreditfähigkeit des Deutschen Reiches unabsehbar seien. Wir werden daher dem Antrag der Sozialdemokraten, soweit er sich auf die Zurückverweisung an den Ausschuß bezieht, zustimmen. Wir werden auch mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Angelegenheit namentliche Abstimmungen über diesen Antrag beantragen.

Abg. Seiffert (Völk.) lehnt die gegenwärtige Fassung der Vorlage für sich und seine Parteifreunde ab, weil diese Fassung einen Rechtsbruch darstelle, wie er sich noch nie in der Welt ereignet habe. Für die Mittel für die Aufwertung müsse vor allem eine Inflationssteuer geschaffen werden, für die sich die Parteien der Linken, das Zentrum, die Wirtschaftliche Vereinigung, sowie die Völkischen ja auch grundsätzlich bereit erklärt hätten.

Das Haus nimmt dann die rüchständigen Abstimmungen zum Hypothekenaufwertungsrecht vor. Beim Kapitel der Aufwertung der Sparkassenaufgaben wird ein Antrag Keil (Soz.) mit 248 gegen 178 Stimmen bei 75 Stimmenthaltenungen abgelehnt, der den Aufwertungsmindestsatz von 12 Proz. auf 25 Proz. erhöhen wollte. Es bleibt somit bei 12 Proz. für die Sparkassenaufgaben.

Annahme mit den Stimmen der Linken, des Zentrums und der bayerischen Volkspartei findet ein Antrag des Abgeordneten Dr. West (Völk.), der einen Satz in § 67 streicht und dadurch beim Kapitel „Vergleiche und Vereinbarungen“ eine Ausnahmebestimmung für die Kaufleute als Gläubiger befreit.

Ein Antrag des Abg. Dr. Seize (D.Vp.), der die Reichsregierung ermächtigt, weitere Vorschriften über die in Aufwertungsanfällen erwachsenden Gebühren und Kosten zu erlassen, wird im Hammerspruch mit 269 gegen 127 Stimmen angenommen.

Abg. Dr. Korjch (K.) bezweifelt die Rechtsgültigkeit der Abstimmung, da mehrere sozialdemokratische Abgeordnete irrtümlich, wie sie ausgehen hätten, mit Ja stimmten. Präsident See erklärt die Abstimmung für rechtsgültig und verweist auf die Möglichkeit, in der dritten Lesung den Fehler zu korrigieren. (Heiterkeit.)

In weiteren Verlauf der Abstimmungen werden alle Anträge der Opposition abgelehnt und die Kompromißvorlage des Hypothekenaufwertungsrechtes wird in zweiter Lesung bewilligt.

Das Haus nimmt dann die Weiterberatung der Vorlage Nr. 2 über die Aufwertung vor.

Abg. Herat (Völk.) lehnt die Vorlage ab, die er als Unrecht bezeichnet. Für eine gerechte Lösung in dieser Frage sei erforderlich, erst einmal festzustellen, wie groß die Verpflichtungen des Reiches noch sind und welche „Konkursmasse“ vorhanden ist.

Abg. Dr. Korjch (Komm.) betont, die Inflationsgewinnler müßten jetzt zu Gunsten der Aufwertungsopfer herangezogen werden. Die gegenwärtige Vorlage bedeute in der Praxis eine endgültige Annullierung der Schulden des Reiches.

Während der Debatte befinden sich von den 493 Abgeordneten etwa 30 im Saale.

Abg. Sauer (Soz.) fordert im Sinne eines sozialdemokratischen Antrages eine sofortige Sondersteuer von den Vermögenden über 50 000 M., die in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstanden sind, einen Zuschlag erfordern oder sich nicht um mehr als 20 Proz. vermehrt haben. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelaussprache bezieht Abg. Keil (Soz.) einen Eventualantrag, der von der Aufwertung alle Markanleihen des Reiches ausschließen will, die der Gläubiger sich nachweislich vor dem 1. 7. 1922 erworben hat. (Streichung des Neubestandes.)

Ein Regierungsvertreter bezweifelt, daß die Spekulantennachschüsse überhaupt noch im Besitze der Anleihebesitzer sind, die sie zu Spekulationszwecken erworben haben. Diese Stücke seien rasch von Hand zu Hand gegangen. Die Reichsanleihe AG. habe einen großen Posten der kursierenden Anleihestücke aufgekauft.

Abg. Seiffert (Völk.) fordert aus völkischen und nationalen Gründen die Streichung des Absatzes 2 im § 4, der die Verzinsung der Anleiheablosungsschuld bis zum Erlöschen der Reparationsverpflichtungen ausschließt.

§ 5 der Vorlage lehnt den Aufwertungsatz der Anleihen auf 2 1/2 Prozent fest. An späterer Stelle steht das Gesetz eine Verbesserung des Satzes für Anleihebesitzer vor.

Abg. Dr. West (Völk.) begründet seine Änderungsanträge, die eine 20prozentige Aufwertung für Anleihen fordern.

Die Sozialdemokraten haben einen entsprechenden Antrag eingebracht. Während die Vorlage keine Verzinsung der Anleiheablosungsschuld vorsieht, sondern nur ein Ablösungsrecht und unter bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen ein Recht auf Vorauszinsen schaffen will, bezieht Abg. Dr. Quejfel (Soz.) einen Antrag, der eine 5prozentige Verzinsung der Ablösungsschuld fordert. Das Auslösungsrecht sei verwerflich, weil es das Vertragsrecht verletze.

Die Paragraphen 18 bis 27 der Vorlage behandeln die Kapitel Vorzugs- und Wohnfabrikrenten. Ein Anleihegläubiger, der bedürftig ist, d. h. ein Jahreseinkommen von nicht mehr als 800 M. hat, soll 80 Proz. des Nennwertes seines Auslösungsrechtes zugewilligt erhalten können. Mehr als 800 M. jährlich darf diese Vorzugsrente aber nicht betragen.

Abg. Ströbel (Soz.) begründet Änderungsanträge zu diesem Kapitel. Er will die Bedürftigkeitsgrenze erhöhen und die Religionsgesellschaften von der Wohnfabrikrente ausschließen.

Abg. Sauer (Soz.) meint, der Wohnfabrikrentenparagraf habe sich im Volke des Namens „Schweinefiedel-Erlaubnisparagraf“ zu erfreuen, weil die Armen, die Wohnfabrikrenten, die sie gleich in Anspruch nehmen wollen, vorher in Gestalt der Landwirtschaftsämter bezahnten müßten.

Abg. Mumm (D.V.) erklärt, daß alle Angriffe auf die Bestimmungen, die den Religionsgemeinschaften eine Wohnfabrikrente zubilligen, keine Freude darüber nicht trüben können, daß schon in der ersten Lesung für die Ansprüche der Vermitteln im Gesetz geltend gemacht sei. Gerade diese Wohnfabrikrenten hätten durch die Inflation den allergrößten Teil ihres Vermögens verloren und brauchten für ihre herabgesetzte Tätigkeit wenigstens einen Teil ihres Vermögens zurück. Der Redner beendete dann einen Änderungsantrag der Regierungsparteien, durch den der Jahresbetrag für die Wohnfabrikrenten von 5 auf 10 Millionen Mark erhöht wird, es sollen auch Anstalten zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke in den Genuss der Wohnfabrikrente gestellt werden.

Abg. v. Rüdiger (D.): Auch dieser Paragraf beweise, wie wenig durchgearbeitet das Gesetz noch gegenwärtig sei. Es sei ein Konsens, über Einnahmen zu verfügen, die noch garnicht vorhanden seien. Das Gesetz müsse noch einmal im Ausschuß beraten werden. (Lebhafter Beifall links.)

Bei dem Gesethesteil, der für die Aufwertung der Markanleihen der Länder und Gemeinden Bestimmungen trifft, betonte Abg. Kils (D.), daß der Reichstag bei Aufwertungs- und Steuerfragen im besten Zuge sei, die Interessen der deutschen Städte in einer Weise zu misachten, die für die Städte vor den verheerendsten Folgen sei und auch eine Bedeutung für die Beziehungen der Länder zum Reich haben werde.

Abg. Keil (Soz.) vertritt ebenfalls diese Auffassung.

Nach 8 Uhr abends beginnt das Haus mit den Abstimmungen zum Anleiheablosungsgesetz. Der Antrag Keils (Soz.) auf Zurückverweisung der Anleihevorlage an den Aufwertungsausschuß wird in namentlicher Abstimmung mit 262 gegen 162 Stimmen bei 13 Stimmenthaltenungen abgelehnt. Ein demokratischer Antrag, der die Zurückverweisung des Anleiheablosungsgesetzes ohne besondere Behandlungsbestimmungen vornehmen will, wird ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 235 gegen 193 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

In einfacher Abstimmung werden auch die Anträge der Sozialdemokraten und des Abg. West auf Erhöhung des Aufwertungsatzes für Anleihen von 5 auf 20 Prozent abgelehnt, so daß es bei der fünfprozentigen Aufwertung der Anleihen bleibt. Annahme findet der Kompromißantrag, der den Betrag für Wohnfabrikrenten für wissenschaftliche Zwecke im Gesetz von 5 auf 10 Millionen erhöht. Auch die Demokraten haben für diesen Antrag gestimmt. Im übrigen werden alle Anträge der Oppositionsparteien abgelehnt und die Gesetzesfassung der Kompromißpartei aufrecht erhalten. Mit den Oppositionsparteien stimmte einigemale auch der linke Flügel des Zentrums, ohne daß eine Mehrheitsbildung dadurch möglich gewesen wäre.

Die Vorlage wird darauf nach den Beschlüssen der Kompromißpartei in zweiter Lesung angenommen.

Bei Festsetzung der Tagesordnung erhebt Abg. Höllein (Komm.) Einspruch gegen die vom Präsidenten See vorgelegene Vorlage der dritten Lesung des Hypothekenaufwertungsrechtes am Mittwoch. Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wird dieser Einspruch zurückgewiesen.

Gegen 9 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 3 Uhr nachmittags. — Dritte Lesung des Hypothekenaufwertungsge-

Das Werk des Untersuchungsausschusses. Nach Mitteilung der Blätter steht das endgültige Erscheinen des Werkes des großen parlamentarischen Untersuchungsausschusses des deut-

Der Kriegsbeschädigtenausgleich des Reichstages beschäftigt sich in seiner Diensttagssitzung mit Anträgen betr. die Erhöhung der Beiträge der Blinden. Dabei wurde die Er-

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde folgende Antrag angenommen: Bei der Festsetzung von Unter-

Die Tabaksteuer

Eine neue schwere Belastung unserer Wirtschaft im Steuer-

Berlin, 14. Juli. (Eig. Meldung.) Im Steueranschuß des Reichstages wurde am Dienstag die Beratung über die Er-

Staatssekretär Dr. Pöhl wandte sich gegen den demokratischen Antrag, der einen Uebergang zur Materialsteuer vorberei-

Neber den sozialistischen Antrag zur Unterstüßung der durch die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer arbeitslos gewordenen Arbeiter und Angestellten Mittel bereit zu stellen, erwiderte der Reichsarbeitsminister, daß es nicht angehe, für bestimmte Gewer-

Verfälschenderisch ausgestattete Ueber-

Uns wird geschrieben: Seit Jahr und Tag wird von gewissen Wirtschaftsführern immer wieder der weitere Ausbau des Beamtenapparates im Reich und in den Ländern gefordert. Leider hat es aber die Privatwirtschaft nur zu einem ganz kleinen Maße verstanden, ihren eigenen Verwaltungsapparat auf das durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse gebotene Maß zurückzuführen. Das gilt nicht nur von den einzelnen industriellen Unternehmungen, sondern vor allem auch von der Industrie als Gesamtheit. Während des Krieges und in der Inflationszeit sind hunderte wirtschaftlicher Verbände neu entstanden, die vielfach in Anbetracht der damaligen schwierigen und komplizierten Verhältnisse in der Rohstoffherzeugung, der Ausfuhr etc., ihre Daseinsberechtigung andern. Heute sind zweifellos die meisten dieser Verbände schon längst überflüssig, mindestens aber wäre es möglich gewesen, den ganzen Aufbau des industriellen Organisationswesens bedeutend zu vereinfachen. Das ist allerdings nicht geschehen. Die vom Reichsverband der deutschen Industrie veröffentlichte Zusammenstellung über seinen organisatorischen Aufbau zeigt, daß der Reichsverband aus 28 Fachgruppen, zu denen noch die landwirtschaftlichen, ärztlichen und allgemeinen Verbände treten, besteht. Dem Reichsverbande sind direkt angeschlossen etwa 700 Wirtschaftsverbände. Hierzu treten noch 300 Verbände, die einzelnen Fachgruppen angeschlossen sind. Allein zur Fachgruppe der Eisen- und Stahlwarenindustrie gehören gegen 200 Verbände. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die meisten der im Reichsverband der deutschen Industrie, seinen Fachgruppen und Unterverbänden organisierten Unternehmungen gleichzeitig noch Mitglieder der Arbeitgeber-Verbände, die ihre Spitze in der Vereinigung deutscher Arbeitgeber-Verbände haben, sind, und daß außerdem noch die Deutschen Industrie- und Handelskammern, sowie der Hanfa-Bund und andere ähnliche Organisationen in Frage kommen. Jeder Verband (mit ganz geringen Ausnahmen) hat einen Syndikus und sein Verbandsbüro. Die Belastung für diejenigen industriellen Unternehmungen, die verschiedene Warengattungen produzieren, ist infolge dieser Zerstückelung des Organisationswesens eine ganz unheimliche.

Innerhalb dieses Verbandsbüros sowie in ihrem Verlehr mit anderen Büros ähnlicher Art, und mit den Behörden wird eine Unmenge unproduktiver Arbeit geleistet. Auch die Tagungen, die ein- oder mehrmal jährlich abgehalten werden, verschlingen im ganzen recht beträchtliche Summen Geldes und nehmen die Zeit der beteiligten Kreise über Gebühr in Anspruch. Den Behörden und vor allem den Reichsministerien wird zugemutet, zu all diesen Tagungen Vertreter, und zwar möglichst aus leitenden Stellen, zu entsenden. Hierdurch werden natürlich auch die Behörden in übermäßiger Weise belastet. Der ganze Verlehr zwischen der öffentlichen Verwaltung und den wirtschaftlichen Interessengruppen ließ sich zweifellos recht bedeutend vereinfachen, wenn man sich in der Privatwirtschaft entschließen könnte, die Mehrzahl der wirtschaftlichen Zweigverbände abzubauen oder den ganzen Aufbau durch Zusammenlegungen zu vereinfachen. Die deutsche Industrie könnte die dadurch freiwerdenden Mittel sehr gut zu einer besseren Ausgestaltung ihrer Export-Organisation und Auslandspropaganda gebrauchen. Einen starken Widerstand setzen aber erfahrungsgemäß einer solchen Konzentration des Verbandswesens die vielen hunderte von Geschäftsführern und Syndikus entgegen, von denen man natürlich einen großen Teil mit abbauen müßte. Wie die erwähnte Zusammenstellung des Reichsverbandes zeigt, kommt es nicht selten vor, daß ein Syndikus gleichzeitig Geschäftsführer von 10-15 dazugehörigen Verbänden ist. Wie dabei die Interessen des einzelnen Verbandes besonders genötigt bleiben, bleibt rätselhaft. Aus Kreisen der Wirtschaft heraus hört man genug bittere Klagen über diese Verbandswirtschaft. Die Hauptaufgabe vieler Verbände scheint es zu sein, durch möglichst häufige durchsichtige nicht notwendige Kundenschriften an die Mitglieder, Eingaben an die Behörden etc., die Notwendigkeit ihres Bestehens zu beweisen. Man schafft sich Arbeit, wo eigentlich gar keine vorliegt. Wenn ein Sparkommis für diesen Nattenkönig von Verbänden einmal auf ihre volkswirtschaftliche Daseinsberechtigung nachprüfen dürfte, würden die industriellen Unternehmungen direkt aufatmen. Diese unproduktiven Ausgaben belasten natürlich im einzelnen Betriebe das Konto Verwaltungskosten in unerträglicher Weise. Rechten Endes müssen laufende wirklich entbehrlicher Bürokratie von der wirklich schaffenden Arbeit mit durchgefiltert werden.

Die vorstehend wiedergegebenen Anreden, die eine außerordentliche lehrreiche Darstellung der Ueberorganisation der deutschen Industrie enthalten, müssen in besonderem Maße von den Gewerkschaften beachtet werden. Die geschilderten Zustände lassen einen Schluß ziehen, welcher groß Summen das deutsche Unternehmertum jährlich allein zum Unterhalt der vielen hunderte von Unternehmerorganisationen ausgibt. Die Herren Syndici richten sich in der Regel ihre Büros nicht nur recht komfortabel ein, sie erfordern auch neben hohen Gehältern auch ganz bedeutende Nebenverwendungen. Am übrigen ergötzt sich die Tätigkeit der Syndici nicht allein darin, daß sie nur die Behörden und die Mitglieder der von ihnen vertretenen Organisationen mit überflüssigen Kundenschriften und dergl. belästigen, die meisten von ihnen erwidern ihre besondere Tätigkeit darin, gegen die Gewerkschaften Stimmung zu machen und sehr oft auch politische Schnüffelereien auszuüben. Und weil die Herren Syndici wissen, daß es in den Augen der Herren Unternehmer immer eine wohltaetliche Tat ist, wenn sie sich gegen die Arbeiterbewegung, für die Verschlechterung der Löhne und Gehälter und für ein schändliches Gestalten des Arbeitsvertrages betätigen, so legen sie auf diese Weise ihres unproduktiven, ja gemeinlichlichen Tuns ihre Hauptaufmerksamkeit. Es kann ferner ganz ruhig gesagt werden, die Unternehmer, die so oft den Herren Landwirten herbeizurufen, sind heute vielfach die Gefangenen der von ihnen ausgehaltenen Syndici.

Die Zollbeute der schwerindustriellen Wucherer

Die Verhandlungen im handelspolitischen Ausschuss sind seit über die Metallwaren verhandelt wird, wesentlich lebendiger geworden. Zwar spielt sich alles in äußerlich glatten Formen ab; der tiefste Gegenstand zwischen Schwerindustrie und Zerebrationsindustrie ist unentzerrbar. Trotzdem bleibt das Bestreben, die Zollverhandlungen durchzusetzen, maßgebend. In der Spezialdebatte fragte Genosse D i h m a n n die Regierung, inwieweit die Klagen der Schwerindustrie bei den Zollvorstellungen Berücksichtigung gefunden haben. Die schlechte Lage der Rohstoffindustrie z. B. könne unter keinen Umständen, wie es die Ausstellungen der verschiedenen Interessengemeinschaften glauben machen wollen, auf die Beschränkung der Arbeitszeit und die angeblich zu hohen Löhne zurückgeführt werden. Die Statistik lasse erkennen, daß in anderen Ländern in der gleichartigen Industrie bedeutend höhere Löhne gezahlt würden, ohne daß die Konkurrenzfähigkeit dieser Länder darunter leide. Zollsätze, wie sie die Regierung bei den Rohprodukten vorzieht, würden von den schlimmsten Nachwirkungen in der Rohstoffindustrie begleitet sein. Wie gefährlich die ganze Tendenz sei, beweise das Bestreben bestimmter Industriegruppen, ihre Betriebe nach dem Ausland zu verlegen. Genosse D i h m a n n stellte an die Regierung, die sich im Gegensatz zu den Regierungsparteien wieder in heftiges Schwelgen hätte, einige konkrete Fragen: Kennt die Regierung den Antrag des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten und anderer Verbände auf Ermäßigung der Zölle für Eisenbleche und Grobbleche, und welche Argumente hat die Regierung gegen die dort gemachten Feststellungen anzuführen? Ferner? Weiß die Regierung, daß der Rohstoffverband seine Preispolitik auf der Preisobergrenze aufbaut, obwohl z. B. Breslau und Schlesen von Gletsch in O.-Schl. beliefert wird? Weiß die Regierung außerdem, daß durch die Anwendung dieser Methode der Preis von Stabeisen von 135 auf 170 Mark erhöht wird. Was sagt die Regierung dazu, daß diese Preispolitik durch gewisse Reichstämter infolgedessen eine Unterstüßung und Begünstigung erfährt, als Bestellungen für den Ofen im Westen aufgegeben werden, und schließlich: Ist den Regierungsparteien nicht bekannt, daß die deutsche Schutzpolitik bereits jetzt bestimmte preispolitische Auswirkungen bei der tschechoslowakischen Schwerindustrie ergeben hat? Die Regierung schweigt zu diesen Fragen. Das, was sie als Antwort vorzubringen wußte, war weniger als nichts. Genosse H i l f e r d i n g wies auf die außerordentliche handelspolitische Gefahr hin, gewisse Zollserhöhungen, die sich offensichtlich gegen England richten, durchzuführen. Dadurch werde die Zahl

der Schutzpöller in England vermehrt und ihre Position verstärkt. Dann folgten Abstimmungen über die behandelten Fragen. Selbstverständlich lehnte der Abstimmungsautomat der Regierungsparteien die Anträge der Sozialdemokratie ab.

Freiwilliges und Charakterloses Verhalten der K.P.D.

Bitterfeld, 14. Juli. (Eig. Bericht.) Der Betriebsvorsitzende des Bismarckwerkes, Gustav Boigt, der lange Jahre der kommunistischen Partei angehörte, hat jetzt seinen Austritt aus der K.P.D. erklärt. Er begründet das mit folgendem Schreiben: Mit dem heutigen Tage verabschiede ich meinen Austritt aus der kommunistischen Partei. Nach jahrelanger intensiver Tätigkeit für dieselbe, wobei ich Ertüchtigung, Familie und Freiheit aufs Spiel gesetzt habe, hielt es diese Partei nicht für notwendig, in einer Angelegenheit gegen mich wegen Freiwerdens einen Rechtschutz zu stellen. Der Vorstand der Ortsgruppe Bismarckwerk, die Gesamtkonferenz der Gemeindevertretung und der Rote Frontkämpferbund hatten die Bezirkseitung Kalle energig ermahnt, den Rechtschutz zu stellen. — Ein gütiges Nein. Durch einen günstigen Umstand wurde die erste Verhandlung vertagt, ich wandte mich persönlich an den Unterbezirksleiter Hugo Müller mit dem Ersuchen, einen Rechtschutz für mich zu erwirken; ergebnislos. Wäre es Herr Schöfem oder die temperamentvolle Frau Ruth Fischer gewesen, dann hätte man sicher drei Rechtsamtsfälle dirigiert. Ihr Funktionäre, die Ihr die Karolen ausführen müßt, um als gute Genossen zu gelten, bezöht den Rechtschutz doch selbst! Ihr seid ja auch keine großen Kannen, trotzdem Ihr die gefährliche Kleinarbeit leisten müßt. An Euch handelt man nach dem Motto: „Erst laßt ihr die Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr sie der Weisheit.“ Ein jeder Funktionär dieser Partei, welcher meine Tätigkeit für die Partei beurteilen kann, möge aus diesen Zeilen eine Lehre ziehen. So spielt die K.P.D. deren „große Kannen“ sich, wenn Gefahr droht, sorgsam im Hintergrund halten, mit ihren einfachen Parteigenossen. Kommen diese auf Grund ihrer kommunistischen Parteiarbeit mit den Strafgesetzen in Konflikt, dann überläßt man sie ihrem Schicksal. Eine solche Partei hat das Recht verdient, sich Arbeiterpartei zu nennen.

Scheidemanns Rücktritt als Oberbürgermeister

Kassel, 14. Juli. (Eig. Bericht.) Am Montag besaßte sich eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung mit dem Abschiedsbesuch des Oberbürgermeisters Scheidemann. Das Gesch, das mit dem 1. Oktober in Kraft tritt, und auf den Gesundheitszustand des Genossen Scheidemann zurückzuführen ist, wurde einstimmig genehmigt. Gleichzeitig wählte die Stadtverordnetenversammlung als Nachfolger Scheidemanns den bisherigen Vizepräsidenten der Regierung in Kassel Dr. Hermann Stadler. Als stellvertretender Bürgermeister wurde der Regierungsrat im preussischen Kultusministerium Dr. B a h m e r e r gewählt. Er tritt sein Amt erst 1926 nach Ablauf der Amtsperiode des jetzt noch tätigen zweiten Bürgermeisters an.

In den deutschen nationalen und völkischen Konventikeln kann also wieder einmal ein „Sieg“ gefeiert werden. Die Hege der Wiederertrift ist nicht ohne Erfolge geblieben. Zwar ist es kein voller Erfolg, denn die reaktionären Epochen in Kassel zu bezeichnen haben, denn an die Stelle Scheidemanns tritt ein Demokrat und Republikaner, allein Scheidemanns Promis, Kompromis her — Scheidemann ist systematisch von seinem bisherigen Amt verdrängt worden.

Die Hege gegen Scheidemann ist ein Teil jenes großen Hetz- und Verleumdungsfehdes, der seit Jahren gegen die deutsche Republik im Gange ist. Im Kampf Mann gegen Mann, im Kampf mit offenem Biss — das weiß die Reaktion genau — ist der Republik nicht beizukommen; deshalb soll der neue Staat, soll das neue soziale und kulturelle Leben in Deutschland im Schlamme und Schmutz der täglichen Verleumdung, Kränkungen, Strafbankrottenei erstickt werden. In Scheidemann wollte man gerade den Mann treffen, der auf der rechten Seite der eiaentliche Totengräber der Monarchie erscheint. In ihm sehen die deutschnationalen die Infarnation des Niebische-Wortes: „Was sollen will, das stoße man, daß es auch folle!“ Deshalb begann mit dem allgemeinen Verleumdungsfehdes der schmutzige Kleinrieg gegen Scheidemann. Es man Erberger und Rathenau ans Leben gina, lud man auch für Scheidemann die Pistolen, michte man auch für ihn das Gift. Auch er sollte daran glauben. Das Werk, das den Norddeutschen nicht gelang, das sehen die aistinen Augen deutschnationaler und völkischer „Moralprediger“ immer fort. Was sie z. B. im Wahlkampf im Mai 1924 geleistet haben, übersteigt jede Vorstellung. Die Gemeinheit erreichte ihren Höhepunkt, als sich im Laufe der Zeit in dem Kasseler Stadtparlament das Mehrheitsverhältnis um zwei Stimmen zugunsten der Rechten verschoben hatte. Mißtrauensvotum, darnach Abbaubeschluss, immer neuer Proch, dazu Entfernung sämtlicher besetzter sozialdemokratischer Stadträte, Heranziehung Scheidemanns in den Ober-Prozess. Keine Schonung, keine Milderung! Je kränker Scheidemann wurde, desto gemeiner die Hege. Kaum hatte er sich vom Krankenlager erhoben, da begann das Kesseltreiben gegen ihn von neuem. Man wollte ihn körperlich und seelisch zerbrechen. Konnte man ihn schon nicht töten, dann wollte man ihn wenigstens völlig kampfunsfähig, zu einem zermürdeten und toten Mann machen.

Gegenüber dem Lumpen ist der Anständige immer im Nachteil. Dieses bekannte Wort Webers hat sich wieder einmal bewährt. Scheidemann geht von Kassel, geht von seinem Posten. Einen gewissen Erfolg hat die Rechte davongetragen, Nutzen aber bringt er den „Siegen“ nicht. Was so aus Gemeinheit und Gehässigkeit gewachsen ist, kann nicht wirklich fruchtbar und lebenskräftig sein. Es gibt in der Geschichte, wie Nissen es ausdrückt, Tode, die sterblich bleiben und Niederlagen, die fruchtbar werden. Das Martyrium, das in Deutschland jedem republikanischen Führer begehrt ist, ist zwar unendlich bitter für ihn selbst, aber doch zugleich Kraft und Stärkung für die Republik.

### Zugung der deutschen Zeitungsverleger

Königsberg, 13. Juli. (Sig. Dienst.) Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hielt am Sonntag hier seine 31. Hauptversammlung ab. Er hatte als Ehrengäste u. a. den Reichsminister des Innern Dr. Schiele und Dr. Edder geladen, von denen aber nur der letztere erschienen war. Er gab ein Bild über die von ihm beabsichtigte Nordpolitik. Der Vortrag, der mehr theoretischen als praktischen Charakter hatte, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Stadt Königsberg ließ Dr. Edder ihre Anerkennung durch die Ausbändigung einer Ehrenmedaille zum Ausdruck bringen. Der Vorsitzende, Kommerzienrat Krumpholtz, befasste sich im Verlauf der Tagung u. a. auch mit der Neuformung des Presse- und Verlegerrechts, die mit der Neuformung des Presse- und Verlegerrechts eine Neuordnung des Verhältnisses der Verleger zu den Redakteuren und die Schaffung einer Presse- und Verlegerkammer verbunden sind. Alle Fragen der Redakteuren und Verleger sind, mühten in dem neuen Presse- und Verlegerrecht einseitig organisiert und ausschließlich geregelt werden. Am Schluß der anschließenden Debatte wurde folgender Entschluß gefasst:

Die Hauptversammlung stimmt den von der Reichsarbeitsgemeinschaft ausgearbeiteten und für Annahme empfohlenen Entwurf eines Tarif- und Berufsrechtsantrages sowie den Plan der Errichtung einer Reichsarbeitsgemeinschaft für die in der Debatte genannten Forderungen zu, daß die in der Debatte genannten Forderungen in der Debatte beachtet werden. Die Verhandlung ergab u. a. die Delegation des Gen. Edder (Berlin, Kordwitzer) in den Hauptvorstand. Damit tritt zum ersten Male ein Sozialdemokrat in den Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger ein. Als Tagungsort für die nächste Hauptversammlung wurde Köln bestimmt.

### Die Donauberfiederungsfrage vor dem Staatsgerichtshof

Stuttgart, 14. Juli. (Sig. Meduna.) Das württembergische Ministerium des Innern hat in der Donauberfiederungsfrage nunmehr den bereits früher angekündigten entscheidenden Schritt getan, indem es beim Staatsgerichtshof in Leipzig unter ausführlicher Begründung den Antrag gestellt hat, die badische Landesregierung für verpflichtet zu erklären, dafür zu sorgen:

1. daß die Wehrmaße des Wassertriebwerkes der Maschinenfabrik Zimmendingen nicht geändert und nicht erhöht oder auf andere Weise gegen Verunstaltung des Wehrs gesichert wird, falls nicht durch Beseitigung des Wehrs und Wiederherstellung eines von der Verunstaltung gesicherten Flußlaufes oder durch Verlegung des Wehrs an eine andere gesicherte Stelle die Verunstaltungen der Donau in der genannten Wehrmaße beseitigt werden,

2. daß das Donaubeck auf Markung der Stadtgemeinde Zimmendingen von der Markungsgrenze gegen Zimmendingen an abwärts bis zum Wehr der früheren Stadtmühle in Zimmendingen von den Hindernissen des regelmäßigen Wasserlaufes, soweit sie sich in den Sand- und Kiesbänken entgegentellen, geräumt, durch Schaffung einer regelmäßigen Flußbreite verbessert und in diesem Zustande erhalten wird.

Das Ministerium hat sich nunmehr die Erwürdigung der badischen Regierung weitere Anträge vorbehalten.

### Massenentlassungen von Arbeitern

Böhm. 14. Juli. (Sig. Bericht.)

Der Böhm. Konzern ließ Ende der vergangenen Woche folgendes mitteilen: Vom 1. August ab legen die Arbeiter-Bedien ihren gesamten Betrieb still; alle Arbeiter und Angestellten werden mit dem gleichen Tage entlassen. Da die beiden Schichtanlagen Nordstr. 1-2 und 3-4 über 4000 Arbeiter und Angestellte zählen, werden rund 16 000 Menschenleben betroffen, die etwa 70 Prozent der gesamten Bevölkerung von Nord-Str. 1-2 ausmachen. Dazu kommt, daß auf den Beiden schon seit Monaten wöchentlich 2-3 Zwangsferien eingelegt worden waren, so daß die betroffenen Bergarbeiterfamilien zweifellos sehr sehr bedrückt sind. Fast betroffen wird auch die Gemeindeverwaltung von Nord-Str. 1-2, deren Sanität sich auf die Stenerentnahmen aus den Nord-Str. 1-2 bezieht. Sie wird bei Ausfall dieser Einnahmequelle nur noch die wenigsten Ausgaben decken können.

### Renaudel gegen den Senat und für eine Friedenspolitik

Genf, 13. Juli. (Sig. Dienst.)

Der bekannte französische Politiker Gen. Renaudel, hielt am Sonntag in Genf auf dem Bankett des französischen Linkslagers eine große politische Rede über die Grundprobleme der französischen Politik. Er erklärte u. a., die Finanzreform Coilloux für unvollkommen, solange sie die großen Vermögen nicht erfaßt. In erster Linie habe der Widerstand des Senats eine Verzögerung ermöglicht, wie dieses Parlament überhaupt wiederholt geplante Reformen des Linkslagers abgelehnt oder gar gescheitert habe. Wenn der Senat diese Politik fortsetzt, so würde das französische Volk vor die Alternative gestellt werden: entweder fügt sich der Senat dem demokratischen Volkswillen oder er verabschiedet. Tragisch sei, daß Frankreich nach einem vierjährigen Krieg heute wieder einen neuen Kampf in Marokko führen müsse. Trotzdem wolle es den Frieden und es verzehre seiner Würde nichts, wenn es die Friedensbedingungen an Abd el Krim bekommt. Auf internationalem Gebiet betrachtet Renaudel die Verwirklichung des Völkerverbundes als erste Voraussetzung für die Lösung der Weltprobleme. Dem Korrespondent des Soc. Pressebüros in Genf erklärte Renaudel, daß demnach vielleicht in Brüssel eine deutsch-französische Konferenz der Sozialisten zur Stellungnahme und Beratung einer gemeinsamen Aktion bezüglich des Garantiepaktes des Völkerverbundes stattfinden werde.

### Nationale Unternehmer

Von einem Satzfeld der Arbeiter wird uns geschrieben: Einerartig im „Volkstempel“ entnehmen wir die Tatsache, daß in einer Spinnerei in Steinen bei Bötting vierzig italienische Arbeiterinnen eingestellt wurden. Das wäre an und für sich kein besonderes Ereignis, wenn in Deutschland ein Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen wäre. Daß dem aber nicht so ist, beweisen die großen Zahlen der Erwerbslosen. Und die gegenwärtige wirtschaftliche Krise ist erst in das Anfangsstadium getreten, aus dem sich, findet die Regierung nicht Mittel und Wege, eine Katastrophe für das deutsche Volk und die Arbeiterklasse zu vermeiden. Gefährdend steht das grüne Gesicht der Massenarbeitslosigkeit am Horizont. In absehbarer Zeit,

auch wenn die gegenwärtige Krise nicht zu verzeichnen wäre, ist nicht daran zu denken, daß einmal alle deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Arbeit finden könnten. Von einem Mangel an Arbeitskräften kann allgemein in absehbarer Zeit keine Rede sein. Und deshalb erfüllt es jeden einflussreichen Menschen mit Bestürzung, wenn er liest, daß deutsche Unternehmer ausländische Arbeitskräfte herbeiziehen. Nicht daß einer hermetischen Abschließung der Grenzen das Wort geredet werden soll; vom Standpunkt des internationalen Sozialisten wäre diese Tatsache der Veranschaulichung ausländischer Arbeitskräfte von keiner Bedeutung, sondern der Umstand, daß eine Herbeiziehung ausländischer Arbeitskräfte gegenwärtig von großem Schaden für die deutsche Arbeiterkraft ist, macht eine Abwehr gegen solche Methoden notwendig. Allerdings sind diese Methoden ja nur für die Arbeiterkraft schädlich; der Unternehmer hat davon keinen Schaden. Der Pole, der Italiener begünstigt sich eben mit wenig. Ein Tarifvertrag gibt es für solche Arbeiterkräfte nicht und der Unternehmer bemüht die Ausländer als Lohnrücker. Die Gewinnquote seines Betriebes steigt sich eben um den Betrag, um welchen er die ausländischen Arbeiter gegenüber den Deutschen prellt. Gerade die gegenwärtig heftig lebenden Kämpfe um die Erbringung besserer Lohn- und Lebensverhältnisse sind doch der deutliche Beweis, daß durch die Einführung fremder Arbeiter in deutsche Betriebe gar nichts zur Beseitigung des Wirtschaftsliefens beigetragen ist. Das Gegenteil. Diese Methoden, im Verein mit den von der Reichsregierung vorgelegten Zoll- und Steuerentwürfen werden die deutsche Wirtschaft an den Rand des Verderbens bringen. Und die politische Seite dieser Methoden? Im Zeichen der Heimgang des öffentlichen Lebens bringen „deutsche“ Unternehmer es fertig, deutsche Arbeiter, die vielleicht schon jahrelang ihre Haut in den Betrieben zu Markt getragen haben, durch ausländische Arbeiter zu ersetzen. Vielleicht, und aller Wahrscheinlichkeit nach, sind es gerade diejenigen, die sich nicht genug tun können mit ihrer angeblichen „nationalen“ Überzeugung.

### Verbandsstag des Fabrikarbeiterverbandes

In Leipzig traten am 5. Juli die Delegierten des Fabrikarbeiterverbandes zum Verbandsstag zusammen. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden Wrey über das abgelaufene Geschäftsjahr zeigt, wie unendlich schwer es ist, nach der Inflation und trotz der kommunikativen Verbesserungsarbeiten den Verband wieder auf jene Höhe zu bringen, auf der er vorher war. Aber dennoch geht es wieder vorwärts, so daß der Verband 350 000 Mitglieder zählen kann. Ueber die Entwicklung des Verbandes näheres zu berichten, können wir uns erparen, da wir ja die Tätigkeit und Entwicklung des Verbandes schon in einem besonderen Artikel gemeldet haben.

In der Montagefrage begrüßt zunächst der österreichische Delegierte Kager die Tagung und wünscht, daß jetzt bald die Grenzgebiete zwischen Österreich und Deutschland festliegen. Für die tschechische Organisation sprach John Prag. Nun begann die Diskussion über die gehörten Verträge. Am Vorabend hat eine Sonderkonferenz der kommunikativen Belegschaften, in der nicht nur der Antrag betreffs der Angehörigen formuliert und begründet worden ist, sondern auch die Reihenfolge der Debatte. Klugfelder - Nürnberg verteidigt den von ihm eingebrachten Mißtrauensantrag gegen Genossen Wrey wegen seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz. Während Mehrerer-Nürnberg erklärt, daß die Darstellung des Vordemers falsch sei, wenn er behauptet, die Nürnberger Mitglieder hätten einstimmig den Antrag gestellt. Von den 3000 Mitgliedern hätten sich kaum 60 auf den Standpunkt des Antrages gestellt. Klugfelder-Berlin legt eine Entschließung vor, nach der der Verbandsstag die Tätigkeit des Verbandes beseitigt und ihm sein Vertrauen ausdrückt. Das Vertrauen erstreckt sich auch auf die parlamentarische Tätigkeit des Genossen Wrey. Klugfelder - Nürnberg wendet sich gegen die Vertagung des „Proletariats“, soweit er sich mit den kommunikativen Belegschaften in der weiteren Debatte werden beschiedene Fragen bezieht wie Ermächtigungsgesetz, Aufschiebung usw., worauf der zweite Tag geschlossen wurde.

Am 3. Tag wurde in der Diskussion über die Verträge, fortgesetzt. Klugfelder - Nürnberg verteidigt das Ermächtigungsgesetz und damit auch die Haltung des Genossen Wrey. Er bittet, den Antrag als abgelehnt. Klugfelder - Nürnberg vertritt die Meinung, daß in Sachsen das Ermächtigungsgesetz am schärfsten bekämpft worden ist. Aber dies sei kein Grund, dem Genossen Wrey nun einen Mißtrauensvotum zu stellen. Will Schimpfen ist der Arbeiterkraft nicht gegeben. Besser ist es schon, sich mit den Arbeitern zu vereinigen. Klugfelder - Nürnberg wendet sich gegen die Vertagung des „Proletariats“, soweit er sich mit den kommunikativen Belegschaften in der weiteren Debatte werden beschiedene Fragen bezieht wie Ermächtigungsgesetz, Aufschiebung usw., worauf der zweite Tag geschlossen wurde.

Soann nahm der Verbandsstag eine Entschließung an, wonach der Extra-Beitrag für den Volksentscheid um den Achtstundentag als ordentlicher Beitrag anzusehen ist, der abgelehnt werden muß. Die von Vorstand des Verbandes vorgenommene Erwerbung von Grundstücken wurde vom Verbandsstag gebilligt und weiteren Ansehen zugestimmt. Ueber die Zollvorlage wurde einstimmig eine Entschließung gefasst, in der es u. a. heißt:

Der 15. ordentliche Verbandsstag der Fabrikarbeiter Deutschlands erblickt in der Zollvorlage der Reichsregierung eine schwere Belastung des deutschen Wirtschaftslebens. Die Wiedereinführung der 1914 außer Kraft getretenen Zölle für Getreide, Fleisch und andere Nahrungsmittel, wie es der Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen verlangt, drückt die niedrige Lebenshaltung des arbeitenden Volkes noch weiter herab, verschlechtert den durch Krieg und Inflation gerüttelten Gesundheitszustand der Arbeiterkraft noch mehr, vermindert die Kaufkraft der ohnehin zu geringen Löhne und führt zu einer weiteren unerbittlichen Senkung des Reallohnes. Die geplanten Industriezölle bedeuten nicht wirtschaftlichen Schutz, sondern eine schwere Gefahr für die deutsche Industrie, weil sie durch die im Wesen aller Zölle liegende Verkeimung der Waren den Absatz der industriellen Erzeugnisse im Inlande und Auslande

erschweren und verschlechtern. Der 15. ordentliche Verbandsstag fordert von den gesetzgebenden Körperschaften die Ablehnung der Zollvorlage, die eine einseitige Begünstigung des Landwirtschaftlichen und industriellen Großkapitals darstellt. Er verlangt von Reichstag und Reichsregierung eine Handels- und Wirtschaftspolitik, die den sozialen und wirtschaftlichen Interessen der breiten Massen der Bevölkerung gerecht wird und die auf eine Abtragung der hohen Zollmauern hinstrebt, die zwischen den europäischen und den außereuropäischen Staaten errichtet sind.

Ueber die Tarif- und Lohnbewegung im Verbandsgebiet referierte Genosse N. Grohmann. Er wies darauf hin, daß mit dem Zusammenbruch der Währung der Generalkontrakt der Arbeitgeber gegen den Achtstundentag begann und die Metallindustrie als erste den Achtstundentag durchsetzte, der selbst durch Streik nicht abgewehrt werden konnte. Die wichtigste Aufgabe des Verbandes sei jetzt wieder die Durchführung des Achtstundentages. Weiter müsse angestrebt werden, Ferien vertraglich festzusetzen. Größtes Interesse hat die Jugendliche und Arbeiterinnen entgegengebracht werden. Der Schiedspruch in der Metallindustrie sei eine Warnung. Schlichtungsausschüsse nach Möglichkeit zu vermeiden. Besondere Beachtung müsse auch dem Bestreben der Unternehmer gegeben werden, Tarifverträge nicht mit Gewerkschaften abzuschließen. Ezentische Abschlüsse seien bisher in der deutschen Industrie geklärt worden. Am 1. September läuft der Vertrag der Papierindustrie ab. Es sei Aufgabe der Gewerkschaft, bei dieser Gelegenheit die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabzusetzen.

### Mangelhaftes Pflichtgefühl bei Wahlen in Baden

Im „Badischen Beobachter“ stellt Herr Bräut Dr. Schofer statistische Betrachtungen über die Wahlbeteiligung in Baden bei der zweiten Präsidentenwahl am 26. April d. J. an. Herr Dr. Schofer kommt zu folgenden Feststellungen:

1. Wohl haben einzelne Gemeinden am 26. April eine Wahlbeteiligung von 90 und mehr Prozent aufgebracht; allein kein Amtsbezirk ist zu finden, der diesen idealen Wahlerfolg erzielt hätte.

2. Ueber 85 Prozent kam kein Amtsbezirk. Mosbach erzielte nämlich eine Wahlbeteiligung von 85,4 Prozent und marschiert so an der Spitze aller Amtsbezirke in ganz Baden. Damit blieb diese Gegend einer alten Tradition treu. Dieses anzuerkennen zu dürfen, ist mir in Erinnerung an frühere Zeiten eine besondere persönliche Freude.

3. Zwischen 80 und 85 Prozent der Wahlbeteiligung stehen Breiten mit 84,1 % Baden mit 81,7 % Weisheim mit 81,1 % Wiesloch mit 80,1 % Wertheim mit 80,1 %

4. Die nächste Gruppe steht zwischen 75 und 80 Prozent. Es sind folgende Amtsbezirke: Forzheim mit 79,4 % Ettlingen mit 77,0 % Tauberhofsheim mit 78,7 % Freiburg mit 76,3 % Heilbronn mit 78,5 % Karlsruhe mit 75,3 % Wolfach mit 77,4 %

5. Zwischen 70 und 75 Prozent kommen zu stehen: Säckingen mit 74,6 % Mannheim mit 72,4 % Staufen mit 73,8 % Wehrhald mit 72,0 % Lahr mit 75,7 % Bruchsal mit 71,9 % Emmendingen mit 73,6 % Konstanz mit 71,7 % Willingen mit 72,9 % Rastatt mit 70,6 % Offenburg mit 72,6 % Neustadt mit 70,0 % Schopfheim mit 72,6 %

6. Unter 70 Prozent, aber noch über 60 Prozent kommen zu stehen: Lössen mit 69,2 % Waldshut mit 65,9 % Mühlheim mit 69,2 % Stadach mit 65,8 % Rastatt mit 68,5 % Oberried mit 63,8 % Donaueschingen mit 68,4 % Kehl mit 62,7 % Leberingen mit 67,3 % Bühl mit 62,1 %

7. Unter 60 Prozent bleibt allein das Amt Engen mit 59,0 %

Das Land Baden wies am 26. April eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von 73,7 Prozent auf. Von Wahlerfolg kann bei dieser Ziffer nicht mehr gesprochen werden.

Die von Herrn Dr. Schofer vorgetragenen statistischen Angaben sind in der Tat recht charakteristisch und interessant. Sie beweisen einmal, daß das Pflichtgefühl der Wähler und Wählerinnen im allgemeinen im badischen Mutterlande nicht besonders hoch entwickelt ist. Sehr bemerkenswert dabei ist, daß vorwiegend ländliche Bezirke wie Mosbach, Breiten, Weisheim, Wertheim, Lössen usw. an der Spitze der Wahlbeteiligung stehen. Und was nicht minder bemerkenswert ist: die genannten ländlichen Bezirke mit der besten Wahlbeteiligung in Baden, sind vorwiegend katholische und stellen in ihrer über großen Mehrzahl Zentrumswähler. Dagegen ist die unheimlich bedauerliche Tatsache zu konstatieren, daß in den vorwiegend industriellen Bezirken in Baden, z. B. Karlsruhe, Willingen, Lahr, Mannheim, Neustadt, Lössen, Waldshut, usw., die Wahlbeteiligung eine erheblich schwächere ist. Es ist somit die Tatsache zu verzeichnen, daß sich die Bewohner Badens in den industriellen Bezirken in Bezug auf Pflichterfüllung bei Wahlen von der Landbevölkerung abheben lassen. Wir stehen vor Sonntagswahlen im Lande Baden. Sollte auch bei diesen Wahlen in den Bezirken, wo die industrielle Arbeiterkraft stark vertreten ist, der „Wahlerfolg“ in ähnlicher Weise sich zeigen, wie bei der Präsidentenwahl am 26. April, kann es in Baden nicht nur am Wahltag, sondern erst recht in der Folgezeit in der badischen Politik allerhand Ueberraschungen geben. Daß die drei größten Städte des Landes, Mannheim, Karlsruhe und Freiburg mit ihrer großen industriellen und gewerblichen Arbeiter- und Angestelltenkraft, am 22. beziehentlich 13. und 14. Stelle stehen hinsichtlich der Wahlbeteiligung in den Amtsbezirken, das ist ein Bild, das der Arbeiterkraft erblich zu denken geben sollte.

### Gewerkschaftliches

Achtung, Seizungsmoneteure und Helfer!

In Frankfurt a. M. haben seit 11. Juli die Seizungsmoneteure und Helfer im Streik. Die Kollegen werden ersucht, Zusug fernzubehalten. Die Ortsverwaltung des D.R.W.

# Unterhaltung und Belehrung

## Pelle der Eroberer

Von Martin Andersen Nexø

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Fris sah nach der Uhr, er konnte ihnen bald ihre Pause geben — so eine recht lange Pause. Dann nur noch eine kleine Stunde Quälerei, und dieser Schultag konnte als überstandene Widerwärtigkeit ad acta gelegt werden.

Pelle stand auf seinem Platz mitten in der Klasse, er hatte Mühe, sein Gesicht in die rechten Falten zu legen, und mußte so tun, als wenn seine Nachbarn ihn fürchten. Endlich brachte er es heraus, aber die Klappentöne waren ein wenig rot an den Spitzen. „Wenn ein Pfund Mehl zwöif Dore kostet, was kostet dann eine Tonne Kohlen?“

Fris sah eine Weile da und sah Pelle unentschlossen an, es tat ihm innerlich immer mehr weh, wenn Pelle ungesonnen gegen ihn war, als wenn die anderen es taten — er hatte sich in den Zungen vernarrt. „Na — a!“ sagte er bitter und langsam mit dem biden Rohrstock in der Hand — „n — na!“ „Ded dich!“ hüllerten ihm die Zungen zu und schitten sich an, Fris den Durchgang zu verpflegen. Aber Pelle tat etwas, das gegen alle Regeln und Gewohnheiten verstieß und ihm trotzdem Respekt verschaffte: statt sich gegen die Prügel zu wehren, trat er frei vor und streckte beide Hände aus, die Handflächen nach oben; er hatte einen dunkelroten Kopf.

Fris sah ihn überrascht an und hatte zu allem anderen mehr Lust als zum Prügeln — Pelles Augen erfreuten ihn bis ins Herz hinein. Er verstand sich nicht auf die Kategorie Jungen; aber Menschen gegenüber war er feinfühlig, und hier machte sich etwas Menschliches geltend — es würde unrecht sein, es nicht ernsthaft zu nehmen! Er zog Pelle einen tüchtigen Vieh über die Hände und warf dann den Rohrstock hin. „Puff!“ sagte er kurz und wandte den Jungen den Rücken.

Der Gesicht sprühte bis an die Mauer des Schulhauses herauf. Draußen auf der See, eine Strecke vom Ufer entfernt, senkte eine Kuff, sie sah sehr mitgenommen aus und war in der Gewalt des Unwetters; sie jagte schnell ein Stück vorwärts und stand dann still und schaukelte eine Weile, ehe sie sich wieder bewegte — wie ein Betrunkener — auf das südliche Riff zu.

Die Jungen hatten sich hinter dem Schulhause versteckt, um ihr Frühstück im Schutz zu verzehren, aber plötzlich donnerte es höllisch von Holzschuhstiefeln auf der Strandseite; der Strandvogel und ein paar Fischer liefen vorüber. Und nun kamen sie in laufender Fahrt mit den Rettungsapparaten herbeigeißelt. Die Mäher, der Pferde klatterten im Winde. Es lag etwas Anstößendes in der Geste, die Knaben mußten alles hinwerfen und sich anschließen.

Die Kuff war nun ganz unten an der Landsunge, sie lag da vor Anker und kämpfte und ließ die Wellen über sich hinwegrollen, das Mastende dem Riff zugewandt, sie hielt einem alten Geul, der während gegen das Hindernis hinten ausschlug. Der Anker konnte sie nicht halten, sie trieb rückwärts auf das Riff zu.

Es war eine Menge Menschen am Strande, von der Küste wie vom Lande her — die Bauern waren offenbar heruntergekommen, um zu sehen, ob das Wasser nah war! Die Kuff war auf Grund gestoßen und lag da und rollte auf dem Riff; sie hätten an Bord wie Schweine manövriert — sagten die Fischer — übrigens war es kein Ruff, sondern eine Kappentuff. Die Wellen gingen über sie hin, so daß der ganze Schiffsrumpf ätzerte; die Mannschaft war in die Tafel angefahren, da hing an die Leute und suchten mit den Armen. Sie riefen wohl etwas, aber die Brandung verschlang es.

Pelle hing mit Augen und Ohren an allen Vorbereitungen; er ätzerte vor Spannung und mußte mit feiner frantösischer Anlaage kämpfen, die sich jedesmal wieder schlute, wenn irgend etwas das Blut in ihm zum Wallen brachte. Am Strande waren sie beschäftigt, sie trieben Vließ in den Sand ein, um die Winde zu halten, und ordneten Taus und Trosse, damit das Gese glatt gehen konnte. Auf die lange, dünne Leine, die die Rakete nach dem Schiffe hinaustragen sollte, wurde besondere Sorgfalt verwandt; sie wurde wohl zermalmt gerührt.

Der Lokomotivkommandant stand da und stellte den Rettungsapparat zum Zielen ein — sein Blick war wie eine Klaue, indem er hinausgeschweifte und wieder zurückkehrte, um die Entfernung zu messen. „Alles klar!“ saaten die anderen und gingen beiseite. „Alles klar!“ antwortete er ernsthaft. Einen Augenblick war er ganz tot, er stellte und stellte wieder zurück.

Su — u — u — u! Die dünne Leine stand wie ein ältlicher Wurm in der Luft, bohrte sich mit ihrem wilderwundenen Kopf draußen in den Nebel über der See hinein; von der Rolle jagte ihr Körper mit kreischenden Rufen und ritt hinaus auf tiefen Braumühen, und weit da draußen kämpfte er sich vorwärts durch den Sturm. Die Rakete hatte die Wegesänge vortrefflich zurückgelegt, sie war eine Strecke über das Wrack hinausgeschossen, aber zu weit windwärts. Sie hatte sich matt gelaufen und stand nun und schlingerte in der Luft wie ein unrühiger Schlangenkopf, während sie sich herabsenkte.

„Sie geht vorneherum!“ saate ein Fischer. Die anderen schwiegen, aber man konnte es ihnen anlesen, daß sie dasselbe dachten. „Es kann noch kommen!“ entgegnete der Lokomotivkommandant. Die Rakete hatte das Wasser ein gut Stück nordwärts getroffen, aber die Leine stand noch in einem Bogen in der Luft, der Druck hielt sie da oben. Sie fiel in langen Stößen südwärts, schlug ein paar Falten vor dem Sturm und legte sich matt über den Vordersteven des Schiffes. „Da is sie! Sie hat famos getroffen!“ riefen die Jungen und sprangen im Sande umher, die Fischer trampelten vor Freude herum, nidsten dem Lokomotivkommandanten mit dem Kopfe zu und saßen sich anerkennend an. Da draußen trabete ein Mann in der Tafelge herum, bis er die Leine gepackt hatte, dann troch er wieder zu den anderen in die Wanken hinauf. Es mußte schwach bestell sein mit ihren Kräften, denn sie rührten sich nicht weiter.

Am Ufer herrschte große Geschäftigkeit. Die Winde wurde noch fester in den Boden eingerammt und der Rettungsapparat klar gemacht. Die dünne Leine wurde mit einem dreiviertelstündigen Tau zusammengeknüpft, das wiederum die schwere

Trosse an Bord schleppen sollte — es kam darauf an, daß alle Gerätschaften bielten. An der Trosse hing eine Tasse so groß wie ein Kopf, in der die Taus laufen sollten; man mußte ja nicht, was für Hilfsmittel sie an Bord so eines Seelenverläufers hatten. Der Sicherheit halber wurde eine Tafel an die Leine gebunden, die auf englisch besaate, daß sie so lange ziehen sollten, bis die Trosse Kaliber so und so an Bord käme; das war überflüssig für gewöhnliche Menschen, aber man wußte ja niemals, wie dumm solche Dinnlappen sein konnten.

„Nun könnten sie meinetwegen gern da draußen ziehen, so daß die Sache ein Ende bekäme!“ saate der Lokomotivkommandant und schlug die Hände gegeneinander. „Sie sind am Ende zu arg herunter — sie haben wohl Schlimmes durchgemacht!“ saate ein junger Fischer.

„Ein dreiviertelstündiges Tau müßten sie doch wohl zu sich heransiehen können. Bindet eine Hilfseine an das Tau, so daß wir ihnen beifällig sein können, die Trosse an Bord zu ziehen — wenn es so weit kommt.“

Das geschah. Aber draußen auf dem Wrack hing sie so sinnlos kumpfsinnig in der Tafelge, ohne sich zu rühren — was in Himmels Namen war denn in sie gefahren? Die Leine lag noch immer tot im Sande, ohne zu gleiten. Am Boden hing sie nicht, sie löste, als sie vom Ufer straff ausgesogen wurde; sie mußte an dem Mast festgemacht sein.

„Sie haben sie festgemacht, die Dummköpfe!“ saate der Lokomotivkommandant. „Sie erwarten wohl am Ende, daß wir ihnen die Ruff an Land ziehen lassen — an dem Garnende!“ — Er lachte verzweifelt.

„Sie wissen es wohl nicht besser, die Kermisten!“ saate der Kommandant. Niemand sprach und rührte sich. Sie standen da, gelähmt von dem Unfassbaren; ihre Augen wanderten in scheidlicher Spannung von dem Wrack hinauf auf die unbewegliche Leine und wieder zurück. Die schwerlastende Angst, die dort lag, wo Menschen ihr Feuerzeug aufgehoben haben und von der Dummheit selbst zurückgeschlagen werden, befiel sie. Das Ansehen, was die Schiffbrüchigen taten, war, daß sie mit den Armen suchten. Sie meinten wohl, man könne hier am Lande stehen und Wunder vollbringen — trotz ihnen.

## Genossin Peznel

Lebende Fürstin Windischgrätz, geb. Prinzessin v. Habsburg Für den richtigen Monarchisten ist das Schlimmste die rote Farbe. Jeder Sozialist ist ihm so etwas wie ein Mehlkopfbüchsen. Die Kette, Rangordnung sind dem Monarchisten Ritual, oberstes Gesetz.

Nun stelle man sich vor — o shocking! Ein Wiener Blatt berichtet, daß die Enkelin des Kaisers Franz Joseph, dem wehmütigen das erpart blieb, das einzige Kind aus der Ehe des österreichischen Kronprinzen Rudolf mit Prinzessin Stefanie von Belgien, die Prinzessin Elisabeth Windischgrätz demnächst mit dem sozialdemokratischen Genossen, des Niederösterreichischen Landtags, Abgeordneten Besner, die Ehe eingehen wird. Aber nicht nur dieser Blick fuhr in das Monarchisten-Kontor. Unglück kommt selten allein: Prinzessin Windischgrätz ist sogar Mitglied der österreichischen Sozialdemokratischen Partei.

Die Folgen dieses Begehrens sind katastrophal: Ganze Studentenkorporationen trau der „Bliss aus heiterem Himmel“. Beamten in gehobener Stellung, ehemalige Unteroffiziere mit dem Zivilvorzugsrecht hat es seit dem Tage die Sprache verschlagen. Es soll verflucht werden, durch regierungseigene eingerichtete politische Stotterkurie die Betroffenen wieder zu normal sprechen Menschen umformen. Ob es gelingt?

Herr Sekretär Windischgrätz, geb. Besner, ehemals l. l. Unteroffizier der Deutschermeister, nachmalige Schreiber auf der l. l. Hofkanzlei ist tiefsinnig geworden, als er die Notiz las. Auf jede Frage antwortet er nur noch: „Die Welt geht unter! Die Welt geht unter!“ Er hat recht, der Herr Sekretär Windischgrätz vom ersten Besner. „Die Welt geht unter!“ Wenn auch nur die der Monarchisten.

Dafür wird die Welt des schaffenden Volkes desto besser gedeihen. Denn je weniger Kornrade, Mohn und anderes Unkraut im Kornfeld steht, desto reichlicher und besser wird die Ernte sein.

Das hat auch die Genossin Peznel, lebende Fürstin Windischgrätz, geborene Prinzessin von Habsburg, gedacht, als sie Mitglied der österreichischen Sozialdemokratischen Partei wurde.

## Die gestimte Hinrichtung

In diesen Tagen hat in Sofia die Aufführung eines Films stattgefunden, der die öffentliche Hinrichtung der drei katbedralen-Dauvattentäter zum Gegenstand hat. Offenbar sieht die bulgarische Regierung auf dem Standpunkt, daß der Anblick dieser Exekution noch lange nicht genug allgemeines Gut sei und daß es wünschenswert sei, ihn in immer weiterer Kreise dringen zu lassen; beiseibe natürlich nicht, um sensationslüsternen und blutdürstigen Augen einen fetten Schmaus zu bieten, sondern, um abzuschrecken, um Mord zu dokumentieren, um es allenthalben offensichtlich zu machen, wor der Herr im Pause ist.

Es ist ebenfalls zu verstehen, daß die Herrscher bulgarischen vermeinten, einen blutigen Frevel mit dem Blut der Fremder zu sühnen. Für den gewalttätigen Tod als Quittung einer Ermordung lassen sich immerhin auch für den Gegner der Todesstrafe einige Rechtfertigungsgründe ins Feld führen. Der Tod als Schauspiel aber ist nicht als Aufrechterhaltung einer Sünde, sondern Befestigung der Sünde mit einer neuen. Er ist nicht ersühnbar, sondern neue Schuld gegen die Menschlichkeit, die nur Gefunden zu verderben, aber nicht das Kranke zu vernichten vermag. Ich stelle mir ein Kino in Sofia vor, besetzt mit dem üblichen Kino-Durchschnittspublikum, in dem, nach dem Liebesdrama und der Humoreske, der Film vom Todesleid der drei politischen Mörder bespielt wird. Unter dem Publikum werden ein paar Kommunisten sein. Die im Bild wiederholte Exekution wird sie nicht befehlen. Sie wird ihnen das von neuem aufstacheln, von neuem lebendig machen. Die Exekution wird ihnen nicht Argument für deren Notwendigkeit, sondern für die Berechtigung des Anlasses sein, um dessentwillen sie vollzogen wurde.

Und dann die anderen: Da werden sich die meisten wohl durchschauert und ein paar Anstöße angefohelt fühlen. Aber für keinen einzigen wird die Gegenwartigkeit der grausamen Verpelungsszene einen Beweis für die Kraft der Träger dieser Verpelung bedeuten. Diese sind nicht Diener der Gerechtigkeit, sondern Glanen ihres Rächermillens; nicht Richter, sondern katbedrale-Toten, sondern kreischende Sabisten. Sie schänden das Andenken der Ermordeten, indem sie dem Mörder ein Unrecht aufügen, das diesem einen leichten Dand der Verklärung verleiht.

Die bulgarischen Kommunisten haben das Leben anderer gering geschätzt, und haben reichlich verdient, daß ihrem Leben ein Gleiches widerfahre. Immerhin verdienten sie sich nur an der Heiligkeit des Lebens und nicht auch noch an der Todesqual. Sie waren Tragödien des Lebens und dürfen sich über nichts außer darüber beklagen, daß sie von Statisten des Lebens als Kinetragödien mißbraucht werden.

Sans Souver.

## Der Döhlische

Von Josef Maria Franz

Es baumelt irgendwo an ihm ein Sakentkruz. Und seine Rippen riefen stündlich unerträglich Fedtericus Rex;

er fühlt sich nur allein autorisiert als Oedingsgewächs und legitimer Sohn des ersten Teufs.

Aus seiner Stirn surunkeln flammende Proteste, und automatisch feuert er gegen Juden und Marzisten; er möchte liberal und immer einen Stall ausmistern und arrangiert im Sommer Sonnenbäder.

(Käsezerkatzsch-wotantisiert, stets putzherreit fähig er nur arisch und lebt teils mit, teils ohne Nikobol und häufig rabt-vegetarisch; auch kennt er leider keine Interessen, nur „Belange“, und bleibt, ist es so weit, nie bei der Stange.)

Gonst albedert er sich noch in Geue, Bünde und Verbände und wäscht sich immer nur in Unschuld seine Hände. In Freiheit losgelassen: Tsching! — Roddonner! und Bord-ariet!

Im Parlament: Ein stiller Mann und Ditt — ariet! Nach wort:

Die Industrie ist ihm zu höchstem Dant verpflichtet — er hat sie aus der Peleite wieder aufgerichtet. Die Mesfabrik von Gohn u. Co. ist sehr gerührt — gestanzte Sakentkreuze haben prompt „Janürit!“

Kampfschiffentlicher wurden halentkreuzsummt und national gefürbt und schnell geräumt! Selbst Zigaretten, Wald und Weite: Bombensache im Nationalkarton, berunt als „Rotans Rache!“

(Dum wunderb Korax sich auch nicht, daß Beilideneid zu Levi spricht: „Recht hat er! Unberufen — Tot! Alles neu — macht der Goll!“)

Aus dem Buche: „Korax. Panoptikum Mensch.“ Verlag Deutscher Bücher, Berlin.)

## Ausstellung „Das Schwäbische Land“

Der großen Kultur- und Heimatausstellungen bringt das Jahr 1925 in Deutschland mehrere. Die Zeit ist nicht ungünstig, denn Sammlung der Kräfte und Selbstbestimmung auf die eigenen Werte ist, was uns not tut und was von allen Seiten erstrebt wird. So hat denn das Schwabenland in seiner Landesausstellung Stuttgart eine große Ausstellung veranstaltet, in der es von seiner gesamten verangenen und gegenwärtigen Kultur und seiner Heimatde erzählt will. Die Ausstellung interessiert nicht nur den Schwaben, sondern ebenso seine Nachbarn. Die kulturellen Bedingungen und die Geschichte des Landes sind weitgehend dieselben. Die verschiedenen Völkergassen, von denen Leben und Treiben interessante Lebensbilder durch Zusammenstellen von Funden, Modellen usw. entstanden sind, haben ebenso das Badenere Land, wie das heutige Württemberg überflutet. Die gemalten erdgeschichtlichen Ereignisse, Vulkanausbrüche, riesige Entungen, die Bildung neuer Schichten, sie alle haben auch dem Badenere Land, sogar wie dem Schwabenland ihre Spuren hinterlassen. Und dann gehört Graf Zeppelin, Daimler, Schiller und alle die berühmten Männer, die aus Schwaben hervorgegangen sind, nicht nur den Schwaben. Sind es nicht Männer, auf die ganz Deutschland mit Stolz blickt. Die Ausstellung „Das Schwäbische Land“ hat auch ihnen einen breiten Raum eingeräumt. Um Einzelnes zu nennen: Da sieht man den ältesten Jepselmmotor und das Modell des Luftschiffes, das vor 25 Jahren als erstes den Flugweg der deutschen Technik begründete und nebenan Motor und Modell des Amerikaliums. Ebenso sieht eines der ältesten Automobile des Erfinders Gottlieb Daimler neben dem 6 Zylinder-Motor von 1925.

Um etwas anderes herauszugreifen, da ist auch eine Theaterausstellung! Bühnenstimmung ist in dem Raum, der raffiniert und originell mit den Mitteln moderner Theaterkunst eingerichtet wurde, hineingebracht. Wieder in anderen Räumen sieht man Werkzeuge aus der schwäbischen Industrie, da seien ein Film, Scher, und andere Druckereimaschinen die Entwicklung einer Zeitung. In einer Ecke ist ein großer Weber am Handweberstuhl, während gegenüber der Saquare-Maschinenstuhl mit gewaltigem Räderarbeiter. Von Volksliedern und Lieder erzählt andere Abteilung. Da sieht man die einstige Kottmeier Marenaruppe, dann Volkstrachten aus Württemberg, alte Bilder von ländlichen Festen, eine Bauernstube ist nach altem Muster eingerichtet. Der Reichtum Württembergs an Schiffsen und Burgen, mächtig schön Kirchen und druckhaften Klosteranlagen ist auf der Ausstellung nicht übersehen worden. Modelle, Aufnahmen von erster Qualität und Gemälde erzählen von ihnen. In 2 großen Kunstaustellungen ist vor allem auch aus Privatbesitz zusammengestellt, was schwäbische Malex in den letzten 25 Jahren und im 19. Jahrhundert an Meisterwerken geschaffen haben. Noch nie hat man Gelegenheit gehabt, die großen Werte des Schwabenlandes in solcher Fülle und so sorgfältiger Auswahl beisammen zu sehen. Nur einen Sommer lang ist Gelegenheit gegeben, sie zu überblicken und zugleich diese technisch sehr interessante Kultur- und Heimatausstellung zu beichtigen. Dann verstreut sich wieder ein großer Teil des Materials in alle Richtungen und wer sich für irgend etwas davon interessiert, muß reisen und suchen, bis er es findet.

# Karlsruher Chronik

## Geschichtskalender

15. Juli: 1606 \*Der Maler Paul Rembrandt in Leiden. — 1809 \*Pierre Proudhon, soz.-anarch. Theoretiker, in Besancon. — 1917 Gesetzlicher Achtundzestag im Finnland beschlossen.

## Herbstwoche und Heimaftonntag gesichert

Im Stadtratsgebäude fand am Samstag eine Besprechung mit Interessenten der Herbstwoche statt, bei der Herr Verkehrsreferent Nachr. Bericht über den Stand der Vorarbeiten erstattete. Vor allem konnte die erfreuliche Mitteilung entgegengenommen werden, daß sowohl Herbstwoche wie auch Heimaftonntag gesichert sind, da die Stadt sich überaus entgegenkommend gezeigt hat. Der Heimaftonntag selbst soll am 13. September stattfinden, dem am 12. September der Heimaftabend vorausgeht. Auch die benachbarten Städte Bruchsal und Ettlingen haben ihre Mitwirkung zugesagt, letztere Stadt wird sich am Festzug mit Gruppen aus der Ettlinger Geschichte beteiligen und außerdem durch seine Freilichtaufführungen das Programm bereichern.

Wie den weiteren Darlegungen des Berichterstatters zu entnehmen war, ist auch die Quartierfrage befriedigend gelöst. Soweit bis jetzt ersichtlich, werden am Festzuge des Heimaftonntags neben fränkischen und Schwarzwälder Trachten und Marktgrüner Trachten auch solche aus den alemannischen Kantonen der Schweiz vertreten sein. Der Festzug wird also ein recht buntes Bild zeigen und dürfte recht schöne Gruppen aufweisen. Eine besondere Festzugskommission, der namhafte Künstler und Praktiker angehören, ist schon gebildet. Die Herbstwoche soll neben wirtschaftlichen Zielen in erster Linie den kulturellen und ethnischen Zwecken dienen. Man denkt aber auch, den Heimaftonntag zu einem Verkehrsstag auszugestalten, indem alle Verkaufsläden offen sein sollen. Des weiteren will man einen Bodener-Lag einführen. Der Andra der Fremden dürfte wieder ein recht großer werden, jedoch die Führung von Sonderzügen schon in die Wege geleitet ist. Bis jetzt sind 54 Sonderzüge angemeldet.

Das Programm enthält fobann noch folgende Veranstaltungen, Theateraufführungen des etfämmlichen Theaters, Wagnertorlo des Motorportflubs usw. In der Aufsprache äußerte sich u. a. auch der Direktor des Bad. Konservatoriums Herr Philipp, der ein großzügiges musikalisches Programm durchzuführen gedenkt. Neben anderen Ausführungen dürfte auch die Wilschische Friedensmesse durch die hier in allerbestem Ruf stehende Mannheimer Volkshochschule zum Vortrag kommen. Außerdem sollen auch ausländische Lieder und Vereinigungen zu Worte kommen. Das endgültige Programm wird nächstens aufgestellt.

## Der Indianerbrunnen auf dem Werberplatz freigelegt

Gestern vormittag wurde der Indianerbrunnen auf dem Werberplatz von der Bretterverhüllung befreit, jedoch nun das „Gehemnis“ innerhalb der vier Bretterwände in Augenschein genommen werden kann. Zur allgemeinen Überraschung ist der Brunnen jedoch nicht so ausgefallen, wie der Stadtrat seine Ausführung beschlossen hat, es fehlt nämlich der vom Stadtrat beschlossene Abfluß durch einen Indianer-Topf. Der Brunnen selbst besteht aus einem großen achtseitigen Becken aus Mischelstein und ist mit einem Relief mit Fischen geschmückt. Aus einem quer liegenden Rohr läuft Wasser und drüben das Wasser heraus. Unter dem Brunnen befindet sich die Bedürfnisanstalt, die nächster Tage dem Verkehr übergeben wird. Bei der Ausstattung dieser Anstalt, die die erste dieser Art in Karlsruhe ist, wurde hauptsächlich Wert auf eine neuzeitliche hygienische Einrichtung gelegt. So wie der Brunnen sich heute präsentiert, kann er nur als Fragment in Betracht kommen, denn er hat ja keinen Abfluß nach oben. Als Abfluß war nämlich ein Indianertopf vorgesehen, gegen dessen Anbringung wis- und humorarme Vertreter der Südstadt protestierten. Die „Bad. Presse“ spricht sogar davon, daß die „Allgemeinheit der Südstädter“ von einem Indianertopf nichts wissen wollte. Die nicht ganz 3000 Bürger, die gegen den Indianertopf als Abfluß des Brunnens opponierten, sind bei der Beschaffung der Spiekerwelt die Allgem. ein. Beiz., die anderen 8000 Südstadtbürger werden von der „B. Pr.“ als Nebenache, als Bürger minderen Wertes behandelt, denn nicht sie, 8000 an der Zahl, sind nach der Spiekerweisheit der „B. Pr.“ die Allgemeinheit der Südstadt, sondern die 3000 Obersten aus dem Indianerquartier, die gegen den Indianer-Topf Stellung genommen haben. Nun sind allem Anschein nach die Stimmen dieser 3000 auch beim Oberbürgermeister so schweremühtig, daß er sich bestimmen ließ, den Stadtratsbeschluss zu ignorieren und die Erstellung eines Abflußstüdes am Indianerbrunnen zurückzustellen. Diese Stellungnahme des Stadtoberhauptes, diese Kapitulation vor den 3000 humor- und witzlosen Südstadtspekern kann recht unangenehme Konsequenzen nach sich ziehen, denn wie im Falle des Indianerbrunnens kann in anderen Fällen dieser oder jener Teil der Bürgerschaft ebenfalls gegen einen Stadtratsbeschluss Opposition machen und seine Mitwirkung verweigern. Das selbe Recht, das der Oberbürgermeister den Mitgliedern der Südstadt gewährt, kann er auch den anderen „aeußerlichen Bürgern“, die allerdings auch Steuern bezahlen, nicht abschlagen. Und was sagen die Stadträte zu dieser Lösung der Frage?

Im übrigen können die Südstadtspekler sich gegen die Bezeichnung „Indianerbrunnen“ wehren wie sie wollen, es ist eben doch der Indianerbrunnen. Das konnte man auch gestern vernehmen, denn wer den Brunnen besichtigte, sprach nur vom Indianerbrunnen. Ein Witzbold stellte sogar gestern nachmittag zwei Jungens in Indianeruniform — nur der Federbusch fehlte analog des Felsens der Indianerbrunnen als Bierstüd des Brunnens — um auch auf diese Weise den Brunnen als Indianerbrunnen zu charakterisieren. Und die erfolgte photographische Aufnahmen und ihre Verbreitung werden dafür sorgen, daß der Name Indianerbrunnen noch viel mehr sich einbürgert. Der Brunnen ist nun einmal der Indianerbrunnen, ob ihn nun der Kopf eines Indianers oder derjenige eines pieberischen Anti-Indianers ziert. Betsach konnte man auch hören, daß die Bewohner der Südstadt mit der vom Oberbürgermeister erfolgten Lösung nicht einverstanden sind und ein ganz Schläuer meinte, als er die Fische im Relief am Brunnenbecken betrachtete, diese Fische

schauen drein wie Stadtfische, die sich über die geniale Lösung der Abflußfrage durch die maßgebenden Persönlichkeiten auf dem Karlsruher Rathaus wundern.

## Große Schweizer Kunstausstellung in Karlsruhe

Von den alemannischen Künstlern der Schweiz wird Albert Weitz zum ersten Male wieder mit einigen Hauptwerken in Deutschland ausgestellt; aus dem Genfer Museum der „Societas“, aus Zürich das „Haus der Träume“, aus Basel die große „Deutsche Landschaft“. Dazu kommen kleinere, wenig bekannte Bilder aus Privatbesitz und eine Auswahl von Radierungen.

8. Vom Auto überfahren. Gestern mittag zwischen 1/22 und 2 Uhr ereignete sich ein Unfall an der Ecke der Augarten- und Ettlingerstraße dadurch, daß einige Kinder hinter dem Städt. Viehauto herliefen und im gleichen Augenblick davon auf die Seite springen wollten als ein Personauto von entgegengekehrter Richtung daherkam und das Kind überfuhr. Schwer verletzt wurde es mit demselben Auto in die etlerische Wohnung verbracht.

Wiener Operette im Konzerthaus. Heute Mittwoch, 15. Juli kommt die große moderne Aufführungsoperette „Gräfin Mariza“ von Emmerich Kallman zum 1. Male zur Aufführung. In dem von Direktor Jo. Wranter inszenierten und von Willi Seidl musikalisch geleiteten Werke treten in den Hauptrollen die Damen von Beer, von Damario und Riet Eschardt und die Herren Gop, Stabler, Wagle und Valenta auf. Chor und Orchester wurden erheblich verstärkt. Die vollständig neuen Dekorationen und Kostüme wurden nach Wiener Maier gefertigt. Des an erwartenden Andranges wegen empfiehlt es sich, Willetts möglichst im Vorverkauf zu lösen. Morgen Donnerstag 16. Juli wird „Gräfin Mariza“ zum 1. Male wiederholt. Am Freitag 17. Juli gelangt die große Erfolgoperette „Das Weib im Purpur“ zum letzten Male zur Aufführung.

## Karlsruher Polizeibericht vom 15. Juli

Gewalttäter Fahrverbot. Gestern vormittag wurde ein Elektroradfahrer von hier festgenommen, weil er aus dem Gebüde der Gewerkschaft hier ein Fahrrad entwendet hatte. Er wird außerdem von der Staatsanwaltschaft hier wegen mehrerer weiterer Fahrraddiebstähle sowie von der Staatsanwaltschaft Konstanz wegen Betrugs gesucht.

Geisteskrankheiten. Ein Schneider von hier und ein Angehöriger von Mingen wegen Fehlbetrugs, ein von der Staatsanwaltschaft hier wegen schweren Diebstahls gesuchter Tagelöhner von Bühl, ein Kaufmann von hier wegen Fahrraddiebstahls, ferner 21 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Ein Nevenanfall erlitt vorgestern nach ein landwirtschaftlicher Arbeiter im Pensionat Magau-Karlsruhe. Er wurde zunächst nach der Polizeiwache am Hauptbahnhof und von da, weil sich kein Zustand nicht besserte, mittels Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht. 2 hiesige Wäldermeister gelangten zur Anzeige, weil sie Brot mit erheblichem Mindergewicht in ihren Läden feilhielten. (Wer sind die Edlen? Die K.) Schlägerei. In der Nacht vom Montag auf Dienstag wurde auf dem Festplatz beim Schützenhaus, ein verb. Maurer und ein verb. Kaufmann, beide von Teufsch-Neureut, von zwei an einer Verkaufsbude beschäftigten Metzgerburschen durch Schlägen mit Rattenstücken schwer mißhandelt. Der Maurer mußte im bewußtlosen Zustande mittelst Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden, während der Kaufmann nach seiner Wohnung verbracht werden konnte. Die Täter, ein 24 Jahre alter Metzger von Schilberichter und ein 44 Jahre alter Metzger von Rummenen wurden festgenommen und ins Amtsgefängnis eingeliefert. Aufgegriffen wurde in der Nacht vom Montag auf Dienstag in der Wohlfahrtswereierstraße beim Bahnhofsübergang ein 13 Jahre alter Mädchen aus Mannheim. Das Mädchen hat sich von seiner Großmutter in Donaueschingen, wo es zuletzt untergebracht war, entfernt und hat den Weg hierher zum größten Teil zu Fuß zurückgelegt. Es wollte sich zu seinen Eltern nach Mannheim begeben. Das Mädchen wurde nach dem städt. Kinderheim verbracht.

## Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Arbeiterjugend, Gruppe 1 und 2: Dienstag: Vortrag „Alkoholismus und Militarismus“ im Jugendheim Karlsruhe. 1/2 Uhr: Einzelspiel. Mittwoch: Körperübungen. Donnerstag: Liebsabende. Samstag: Sing- und Spielstunde. Sonntag: Frei.

## Markt und Handel

Gläubigerversammlung der Raboldwerke. Wie wir erfahren, fand am Freitag nachmittag in Karlsruhe eine Versammlung der „großen“ Gläubiger (mit Forderungen über 1000 M) statt. In der Versammlung wurden eingehend die Fragen: Konturs, Geschäftsaufsicht oder Fortführung der Firma erörtert. Rechtsanwält Dr. Strauß gab ein Bild über die Vorteile, die sich sowohl für die Firma selbst, als auch für die Gläubiger aus einer Vermeidung einer Liquidation ergeben und stellte fest, daß die Firma auch heute noch eine gesunde Situation aufweise. Sie habe eine Belegschaft von 100 Mann, ferner für zwei Monate Lieferungsbestellungen und die Fabrikkomplexe stellten einen hohen Wert dar. Diese Ansicht fand in der Ansprache von den meisten Anwesenden Unterstützung. Von anderer Seite wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß größere Sparjamkeit und eine Einschränkung des Personals durchaus angebracht wären. Eingehend erörtert wurden weiter die Vorhülle auf Kapitalerhöhung und damit im Zusammenhang die Abgabe der Firma Reinmut und Co. in Mannheim. Vertreter der Bankten ließen die Bereitwilligkeit zu einer Sanierung der Firma, — freilich ohne weiteres Risiko, — erkennen.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 13. Juli. Rinder a 58—60, b 54—58, c 50—54, d 46—50 M; Bullen a 54—56, b 50—54, c 46—50 M; Kühe und Kälber 58—60, c 52—58, d 46—52, e 18—24 M; Kälber c 66—70, d 62—66, e 60—62 M; Schafe b 40—45 M; Schweine b 84—86, c 88—84, d 82—83, e 80—82 M; Sauen 75—77 M. — Metzlerer Schlachtviehmarkt vom 13. Juli. Ochsen I 58—60, Rinder I 59—62, Ochsen II 48—52, Kühe 30—36, Ferkel I 59—62, Schweine 80—84 M pro 50 Kilo Lebendgewicht.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Von heute ab und die folgenden Tage jeden Abend zwischen 7/8 und 7 Uhr werden Aufnahmen für Pahlbilder in Gruppen je 4 gemacht. Die aufführende Firma ist Raich u. Pester. Wir ersuchen unsere Kameraden dringend, wer noch nicht im Besitze eines Pahlbildes ist, sich umgehend photographieren lassen zu wollen.

## Valuta

nach dem Berliner Kurs vom 14. Juli 1925. Belgien 19.49 M per 100 belg. Fr. Holland 168.16 M per 100 fl. Spanien 60.77 M per 100 Pes. Schweiz 81.46 M per 100 schw. Fr. Italien 15.40 M per 100 Lit. England 20.390 M per 1 Pfd. Sterl. Schweden 112.73 M per 100 Kronen. Frankreich 12.43 M per 100 frs. Fr. Dösterreich 59.059 M per 100 Schilling. Rußland 4.195 M per 1 Dollar. Slowakei 12.43 M per 100 Kronen.

## Vorkaufge Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Donnerstag, 16. Juli: Zeitweise Regenfälle, südwestliche Winde, Temperatur unverändert.

## Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 156, aef. 6; Rehl 254, aef. 11; Maxau 422, aef. 7; Mannheim 309, aef. 12 Zentimeter.

## Veranstaltungen des heutigen Tages

Wiener Operettenspiele im Konzerthaus: „Gräfin Mariza“, 7 1/2 Uhr. Kaffee Odeon: Künstler-Konzert mittags und abends. Palast-Theater: „Onkel James Erben“. Exzellenz-Künstlerpiel: Jeden Abend 8 1/2 Uhr Kabarett mit Künstlerpielen in seinem Stil. Kaffee Bauer: Konzert nachmittags und abends. Zentral-Theater: „Die Liebesbriefe der Baronin S.“

## Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. 11. Juli: Heinrich Gieser, 78 Jahre alt, Landwirt, Ehemann; Antonia Ramann, 50 Jahre alt, Ehefrau von Theodor Ramann, Jollastent. 12. Juli: Sofie Madlinger, 77 Jahre alt, Ehefrau von Bernhard Madlinger, Maurer. Emma Heringer, 79 Jahre alt, Witwe von Karl Heringer, Stein-schleifer. Xaver Eiser, 57 Jahre alt, Telegraphenassistent, Ehemann. Wilhelm Paul, 66 Jahre alt, Rechnungsbrot a. D., Ehemann.

# LINOLEUM

**Außergewöhnlich billiges Angebot!**

Druck-Linoleum	nur fehlerfreie Ware	350 cm breit □ Motor	3.50	3.25	2.95	
Linoleum-Läufer	Mtr.	80	87	90	110	135 cm br.
		2.40	2.70	3.70	4.70	5.90
Vorlagen-Druck		40/90	45/95	70/90	70/120 cm	
		0.80	1.65	3.00	4.15	
Linoleum-Teppiche	nur tadellose Ware	150/200	200/250	300/300 cm		
		15.—	24.—	29.50		
Inlaid-Teppiche	schöne Persemuster	200/250	300/300 cm			
		45.—	55.—			

Kostenlose Zusendung der Ware durch unser Auto

Linoleum-Reste u. Läufer ganz besonders vorteilhaft

# KNOPF

Fachmännisches Verlegen wird auf Wunsch übernommen

### Geht Stresemann oder nicht?

Berlin, 15. Juli. (Sta. F.) Das Reichstagsabgeordnete hielt am Dienstagabend eine Sitzung ab, in der nach der Tagesordnung zur gleichzeitigen Erörterung der deutschen Antwort an Briand diente. Das „Berliner Tagblatt“ weiß über den Verlauf der Sitzung, die heute fortgesetzt wird, u. a. folgendes mitzuteilen:

Während der Sitzung soll es zu einer bewegten Auseinandersetzung zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem deutschnationalen Reichsinnenminister Dr. Schulerz kommen sein. Reichsminister Dr. Brüderer machte den Versuch zu vermitteln, als das nicht gelang, wurde der Reichsaußenminister Dr. Stresemann um eine solche Vermittlungsaufforderung gebeten. Dr. Stresemann lehnte das ab. Als dann leitete sich Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vom Zentrum ins Mittel. Wie wir aber aus gut unterrichteten Kreisen hören, kam eine Einigung gestern abend nicht zustande.

Es wurde vereinbart, daß in der heutigen Kabinettsitzung ein endgültiger Bescheid über die Tendenz und die Formulierung der deutschen Antwort verhandelt werden solle. Die Ministerpräsidenten der Länder wollten am Donnerstag über den Inhalt der deutschen Antwort verständigt werden. Am Samstag soll der auswärtige Ausschuss des Reichstages unterrichtet werden, und gleichzeitig soll, also ehe noch ein Wort des Reichstages möglich ist, die Antwort an Frankreich abgehen.

Wie wir hören, drängt nun die Deutsche Volkspartei, wahrscheinlich auf unmittelbare Veranlassung Dr. Stresemanns darauf, daß bereits am Montag und Dienstag, am großen politischen Debatte im Reichstagsplenum stattzufinden, um endlich eine Klärung über die Haltung der deutschnationalen und der übrigen Koalitionsparteien für Außenpolitik des Reichstages herbeizuführen. Es scheint also, als ob in den nächsten Tagen nicht mehr außen, sondern auch innenpolitisch schwerwiegende Entscheidungen fallen werden. Die latente Außenministerkrise geht ihre Endphase entgegen. Wie sie ausfallen wird, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Allen Anschein nach will es Stresemann auf einen parlamentarischen Kampf mit den deutschnationalen Parteien in offener Feldschlacht ankommen lassen. Möglich, daß er bereits heute, wenn er mit seinen Ansichten im Kabinett nicht durchdringt, in eine Situation gerät, die ihm zu weitgehenden Konsequenzen Veranlassung geben kann. Eine Gesamtdemission des Reichskabinetts wird dann bei einem etwaigen unüberwindlichen Zusammenstoß mit den deutschnationalen in parlamentarischen Kreisen nicht für wahrscheinlich gehalten. Eher käme dann ein Rücktritt Dr. Stresemanns in Betracht, ohne daß das übrige Kabinett in seinem Personalbestande weiter davon berührt werden würde.

Wie nehmen als selbstverständlich an, daß die von dem „Berliner Tagblatt“ gemachten Feststellungen über weitgehende Meinungsäußerungen im Kabinett wie gewöhnlich auch heute wieder eintreffen werden. Damit aber wird die große Uneinigkeit über die Außenpolitik nicht aus der Welt geschafft. Es ist bezeichnend, daß auch die „Germania“ von „Meinungsverschiedenheiten“ im Kabinett spricht und die Angaben des „Tagblattes“ im wesentlichen bestätigt.

Als der Reichsaußenminister vor wenigen Tagen in die Öffentlichkeit schickte, um die deutschnationalen zur Verhinderung ihrer außenpolitischen Demagogie zu zwingen, unternahm der Reichsminister eine Gegenaktion, und das Satirenspiel endete mit der Versicherung: „Alles ist sich wieder einig“. Es ist insbesondere die deutschnationalen Presse, die diese Einigkeit hervorhebt, und versichert, daß alles in bester Ordnung sei. Inzwischen hat sich die Pariser Presse ebenfalls mit dieser mehr als merkwürdigen Einigkeit befaßt, und aus den innerpolitischen Verhältnissen in Deutschland geschlossen, daß Stresemann bald zurücktreten wird.

Richtig ist, daß er selbst nicht daran denkt, aber wenn es soweit ist, dürfte man ihn nicht erst fragen, denn es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die gelobte Einigkeit in Wirklichkeit in einer großen Uneinigkeit ihren Ausdruck findet. Das bestätigt am Dienstagabend die deutschnationalen Zeitung „Der Tag“, indem sie schreibt:

Es ist bekannt, daß in weiten Kreisen der deutschnationalen Volkspartei gegen die Sicherheitspolitik des Außenministers Stellung genommen wird, in Resolutionen und Protesten und daß innerhalb des Kabinetts zwischen den Regierungsparteien Verhandlungen über Meinungsverschiedenheiten vor etwa 14 Tagen stattgefunden haben. Diese Verhandlungen haben die Führer der Regierungsparteien zu einem Einverständnis mit dem Reichsminister und dem Außenminister geführt. Trotzdem ist aber die Frage, ob seinerzeit das Memorandum vom 9. Februar, das Verhandlungen über den Sicherheitspakt einleitete, auf Grund eines Kabinettsbeschlusses, oder auf Grund persönlicher Anregung des Außenministers nach Paris abgegangen ist, nicht geklärt, und in den letzten Tagen auch mehrfach wieder in

der Öffentlichkeit erörtert worden. In parlamentarischen Kreisen spricht man seit Tagen davon, daß diese alten Gegensätze wieder akut werden könnten, wenn es im Reichstag zu der nach Abfindung der Antwortnote an Briand beabsichtigten außenpolitischen Debatte kommen sollte, oder bei der dritten Lesung des Etats die Beratung über das Auswärtige Amt stattfindet.

Diese Ausführungen bilden eine neue Bestätigung für die sozialdemokratischen Behauptungen, daß vorläufig jeder außenpolitische Streit solange vermieden werden soll, bis der Vollwucher unter Dach und Fach ist und die groß angelegte Ausplünderung des deutschen Volkes durch die Karaxier zum Gefes erhoben worden ist. Was aber dann, Herr Stresemann? Landauf ist der Welt Lohn!

### Aus dem Freistaat Baden

**Beschäftigung der Volksschul- und Kandidatinnen in der Schule; Bewilligung von Unterhaltzuschüssen.** Etwa 160 Volksschul- und Kandidatinnen, die für die Verwendung im Schuldienst im nächsten Jahre in Aussicht genommen sind, werden während der Zeit ihrer Beschäftigung an der Volksschule angemessene Unterhaltzuschüsse gewährt. Für die Bewilligung kommen hiernach zunächst die Kandidatinnen und Kandidaten in Betracht, die im Jahre 1921 und 1922 registriert und an öffentlichen Volksschulen des Landes unentgeltlich beschäftigt sind, in zweiter Linie eine beschränkte Anzahl von Schul- und Kandidatinnen aus dem Jahre 1923 unter der gleichen Voraussetzung. Die Höhe der Unterhaltzuschüsse wird sich zwischen 60 bis 100 Mark monatlich bewegen, je nachdem die Kandidatinnen während ihrer unentgeltlichen Beschäftigung im Haushalt der Eltern verbleiben oder für Unterkunft und Verpflegung besondere Auslagen haben.

**Aus dem Schulbetrieb.** Aufnahme unter die Volksschul- und Kandidatinnen. Auf Grund bestandener Abgangsprüfung im Frühjahr 1925 sind unter die Volksschul- und Kandidatinnen 95 Seminaristen aufgenommen worden. — Die Reifeprüfung für 1925 findet am Donnerstag, 17. September in der Landesoberrealschule (Waldhofstraße) in Karlsruhe statt. Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind bis spätestens 4. August d. J. beim Unterrichtsministerium einzureichen. — Die Dienstprüfung für Fortbildungsschullehrerinnen findet in der Zeit vom 26. bis 31. Oktober 1925 in Karlsruhe statt. Gesuche um Zulassung sind bis spätestens 20. September d. J. beim Unterrichtsministerium einzureichen. — Die erste Prüfung für das höhere Lehramt an Handelsschulen findet am Donnerstag, 1. Oktober 1925 statt. Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung sind bis spätestens 15. August d. J. beim diesseitigen Unterrichtsministerium einzureichen.

**Strafaktion in der kommunikativen „Arbeiter-Zeitung“.** Nach der Aufhebung der Immunität des Landtagsabgeordneten Ritter durch den Landtag fand Dienstag vormittag in den Redaktionsräumen der „Arbeiter-Zeitung“ eine Hausdurchsuchung statt. Die beiden Redakteure Schulz und Szameitatz wurden verhaftet. Schulz wurde nach zwei Stunden wieder freigelassen. Szameitatz wurde in Untersuchungshaft festgehalten.

### Kleine badische Chronik

**Gerschheim bei Tauberbischofsheim.** Am Samstag vormittag wurde ein mit drei Personen besetztes Personenauto, das aus der Richtung Würzburg kam, zwischen Riff und Gerschheim an einem Fuhrwerk vorbeifahren. Dabei schaute das Pferd, so daß das Auto in das Fuhrwerk hineinfuhr. Die in den 40er Jahren lebende Frau Seubert aus Untertalshausen, die neben ihrem Mann auf dem Wagen saß, wurde sofort getötet. Das Pferd mußte wegen der schweren Verletzungen sofort getötet werden.

**Stingen bei Lörach.** Hier ist ein neuer Tollwutanfall vorgekommen. Ein in den letzten Tagen schon tollwutverdächtig Hund riß plötzlich aus und biß sechs weitere Hunde. Sämtliche Hunde wurden sofort getötet.

**Emmeningen.** Der in Mannheim wohnende Buchhändler P. Feiler ist heute auf einem fahrenden Zug auf, stürzte dabei ab, wurde überfahren und sofort getötet.

**Walsch.** In der Nacht zum Samstag brach in der früheren Stadtmühle Feuer aus, das alsbald das ganze große vierstöckige Gebäude in Flammen setzte. Eine Zeitlang war der südliche Stadtteil in Gefahr und es bedurfte aller Anstrengungen, ein Uebergreifen des Brandes zu verhindern. Das große Gebäude ist fast völlig ausgebrannt. Die darin wohnende Familie Armbruster konnte nach drei Tagen Leben retten. Ueber die Ursache des Brandes ist noch nichts bekannt. Der Schaden ist sehr erheblich.

**Rangenberg bei Bruchsal.** Im Verlauf eines Wortstreits kam es zu einer Schlägerei, wobei zwei hiesige Männer von zwei Besuchern aus Stuttgart durch Messerstiche in das Genick und Oberbauch schwer verletzt wurden. Die Täter wurden verhaftet.

**Die Polizeistunde.** Dieser Tage ging durch verschiedene badische Zeitungen die Meldung, daß eine Verlängerung oder gänzliche Aufhebung der Polizeistunde beabsichtigt sei. Hierzu wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß eine Verlängerung der geltenden Bestimmungen über die Polizeistunde für Baden nicht in Aussicht genommen ist.

### Wiederum ein schweres Automobilunglück

Ill. Ueberlingen, 14. Juli. (Dr. H. B.) Zwischen Wählhorn und Graßbeuren ereignete sich gestern abend ein schweres Automobilunglück. Ein Sechserauto überfuhr sich bei der Straßenunterführung und einer starken Kurve beim Bahnhof Graßbeuren infolge Platzens eines Reifens. Der Fahrer, ein Wählholer Löwenstein aus Frankfurt konnte sich durch Abpringen retten. Seine Frau, seine 16 Jahre alte Tochter und der 6 Jahre alte Sohn kamen unter den völlig umgekippten Wagen zu liegen. Die Tochter blieb unverletzt. Die Frau erlitt einen Arm- und Kopfenbruch, sowie einen Reifenschnitt, der Sohn wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Löwenstein wollte mit seiner Familie nach Bad Säckingen bei Lindau zur Kur sich begeben.

### Die Notlage der Schwarzwälder Hotelinindustrie

Die Notlage der Saisonhotels in Schwarzwald, über die in den letzten Wochen wiederholt berichtet wurde und die sich infolge der ganz geringen Zahl von Fremdenanmeldungen für Juli und August weiter verschärft hat, veranlaßte die führenden Stellen der badischen Hotelinindustrie, am verflorenen Samstag im Ministerium des Innern vorstellig zu werden, um mit dem Minister des Innern, Remmel, die düstere Lage der Fremdenverkehrsbranche, die dadurch entstehenden unabsehbaren Folgen auf weitestehende wirtschaftliche und Gewerbezweige und die erforderlichen Abwehrmaßnahmen zu besprechen. Es hatten sich u. a. eingeladen der Vorsitzende des Landesverbandes der badischen Hotelinindustrie, Bieringer-Bad-Baden, vom Verwaltungsrat die Herren Joner-Badenweiler und Gabel-Heidelberg, der Sanitäts Dr. Hermann, der Vorsitzende des Vereines Schwarzwälder Gasthofbesitzer, Strittmatter-Willingen und der Abg. Prof. Weber.

Die Deputation brachte dem Minister zur Kenntnis, daß, nachdem schon der letzte Sommer für die Fremdenverkehrsbranche ein schmerzlicher Saison war, in diesem Sommer mit einer geradezu verheerenden Abwanderung der Deutschen nach dem Ausland, vor allem nach der Schweiz und Italien, verbunden ist, was in dem unangehörigen Feuerlichen Druck auf die Hotelinindustrie. Zur Zeit verzeichnen die Steuern nahezu die Hälfte der Penfionspreise! Die heimischen Hotelführer seien mit den Preisen auf das nur mögliche Minimum herabgezogen; eine weitere Herabsetzung der Preise sei derzeit unmöglich. Es bleibe einzig und allein ein Eingreifen der Regierung.

Der Landesverband der badischen Hotelinindustrie und des dem Verband angeschlossene Verein der Schwarzwälder Gasthofbesitzer verlangen eine völlige Stundung der Steuern für das Hotelgewerbe, gegebenenfalls eine Niederlegung der bisher noch nicht bezahlten Steuern. Die Gebäudensteuer müsse bis zum Herauskommen des neuen Gesetzes in gleicher Höhe bleiben, das bei bis zu 50 Prozent Steigerung der Hotels die alte Gebäudensteuer verbleibe; in Betrieben, die unter 50 Prozent Steigerung aufweisen, müsse eine entsprechende prozentuale Ermäßigung eintreten und bei Betrieben, die nur 20 Prozent Steigerung oder darunter zu verzeichnen haben, sei die Gebäudensteuer ganz zu erlassen. Ferner müsse in dem neuen Gesetz für die Hotelinindustrie eine Bestimmung herankommen, wonach die gewerblich betriebenen Räume von der Gebäudensteuer vollständig befreit werden. Weiterhin forderte die Deputation, daß die Befreiung von der Grundsteuer der deutschen Seite aufgehoben werden müssen, selbst wenn auch das Ausland seinerseits noch solche erhebe. Man müsse jede Möglichkeit ins Auge fassen, um die Fremden des Auslandes nach Deutschland zu ziehen. Die bisherige Besteuerung der Schwarzwälder Hotels mit Ausländern sei gleich Null, wogegen die Deutschen, trotz aller Schwierigkeiten, die von Ausland herbeigeführt werden, und unbekümmert des drohenden Zusammenbruchs nach dem Ausland abwandern. Schließlich fordere die Hotelinindustrie noch einen staatlichen Kredit zur Stützung ihrer Betriebe.

Es wurde von der Delegation darauf hingewiesen, daß, falls die Regierung nicht die erforderliche Nachsicht zeigen, eine der wertvollsten Industriezweige des Schwarzwaldes ruhmlos zugrunde ginge. Mitglieder würden viele weitere Einwände einbringen (Schäfer, Schneider etc.), die Verkaufsfähigkeit der meisten Schwarzwälder Kurorten, die Autovermietungen, nicht zuletzt aber die große Zahl der Annehmlichkeiten der Hotelinindustrie (Kellner, Portiere, Küche, Zimmermädchen etc.), die so auf wie keinen Verdienst mehr finden.

Unter Berücksichtigung all dieser Umstände erklärte sich der Minister des Innern bereit, diese Fragen wohlwollend zu prüfen und unverzüglich in Verhandlungen mit dem Finanzministerium einzutreten. In der übernächsten Woche wird eine weitere Besprechung zwischen den Regierungsoffizieren und den Vertretern der Hotelinindustrie in Karlsruhe stattfinden.

**Knorr Suppenwürst**  
berühmt in der besten Jahreszeit das mahlame Kochen und gibt 6 Zeller hochseine, träftige Suppe

**Zorn's**  
Durch ein halbes  
Eiweiß Zucker  
Patent-Medizinale-Heilmittel  
ist das Uebel völlig beseitigt  
Dr. G. Woll, Sera. Dazu  
Zackens-Grenschmittler  
u. Sellhals, S. Woll, K. Woll,  
Wroglers u. Carlsmeyer.

**Fels-Pilsener** ist  
voller Ersatz für Tschechen-Pilsener

**Große Auswahl**  
besten  
Sollinger Taschenmesser  
Kaschmesser, Kaschapparate  
Kaschmesser  
Scheren aller Art, Nagelpflege-  
Artikel  
Tischbestecke, Tranchiermesser  
Löffel  
Geschenkartikel. — Günstige Preise.  
**Geschw. Schmid**  
Kaisersstraße 88, Nähe Marktplatz  
Einschlägige Reparaturwerkstätte  
und Feinschleiferei.

**Beachten Sie**  
Montags  
Freitags  
Inserate  
**Schorpp**  
Wäscherei und  
Wäschefabrik.

Bei günstigen Zahlungs-Bedingungen  
und billigsten Preisen  
erhalten Sie beim  
**Kürschner Neumann**  
3 Erbprinzenstraße 3  
Pelzjacketen / Pelzmäntel / Skunks  
Opessum / Walaby / Wolf / Fuchs  
und andere Garnituren

**Musikdirektor E. IRRGANG**  
Dirigent der Feuerwehrkapelle, den  
höchsten 1. Preis errangen auf dem  
internationalen Musikfest in Luzern.  
empfehl sich bei Veranstaltungen  
von Musikaufführungen  
(Streich-, Blas- und Klaviermusik) in  
jeder gewünschten Stärke.  
Geschäftsstelle: Karlsruhe, Kaiser-  
allee 76, Telephon 3951.

### Letzte Nachrichten

#### Das Schicksal der Zollvorlage

Berlin, 15. Juli. (Eig. Funddienst.) Es ist auch heute noch völlig ungewiss, welche Regelung die Meinungsverschiedenheiten der Regierungsparteien über die Zollvorlage finden werden. Das Zentrum ist bisher über seine Gesamthaltung noch nicht schlüssig geworden und solange das nicht der Fall ist, lehnen auch die Reichsparteien eine endgültige und abschließende Stellungnahme ab. Reichsminister Luther bemüht sich redlich, die Schwierigkeiten zu überbrücken, um damit sich und sein Kabinett zu retten. Er hat für heute im Reichsernährungsministerium unter seinem Vorsitz eine neue Konferenz angesetzt, die sich mit den Mindestzölle für die Landwirtschaft beschäftigen soll und an der wiederum im Grunde auch die Reichsparteien teilnehmen werden. Außerdem sind eine Reihe landwirtschaftlicher Sachverständiger geladen. In Frage kommen natürlich nur solche Persönlichkeiten, die für den Zollmangel der Reichsregierung sind. Eine am Dienstag abend geplante Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums konnte nicht stattfinden, da eine Einigung der Regierungsparteien über die Zollvorlage bisher nicht erzielt werden konnte.

#### Das Nationalfest in Paris

Paris, 14. Juli. Das Nationalfest ist heute in Paris offiziell in beschreibender Form gefeiert worden. Die übliche militärische Parade in Longchamp war abgesetzt worden. Es fand eine beschriebene militärische Parade am Grabe des unbekannten Soldaten statt. Am Montag gab der Präsident der Republik das übliche Galadiner im Elysee. Am Nachmittag und Abend

finden Volksbefragungen statt. Zwischenfälle sind bis jetzt nicht gemeldet.

#### Volksentscheid in der Zollvorlage

Berlin, 14. Juli. Der sozialdemokratische Reichstagsfraktion wurde eine Entschiedenheit an, in der die Reichstagsfraktion aufgefordert wird, mit Entschiedenheit für eine Verständigung im deutsch-polnischen Wirtschaftskonflikt einzutreten. Eine weitere Entschiedenheit verlangt, im Fall der Annahme der Zollvorlage, daß die Reichstagsfraktion für eine Aufhebung der Verfügung eintritt und auf einen Volksentscheid in dieser Frage hinwirkt.

#### Strazziehung der Marokkaner

Paris, 14. Juli. Wie dem „Matin“ aus Wiesbaden berichtet wird, hat die marokkanische Delegation, die in der Palast und zwar in Arabien und Umgebung liegt, gestern zahlreiche Kommissare ihren Standort verlassen, um sich nach Marokko zu begeben. Ein weiteres marokkanisches Regiment und ein Regiment algerischer Schützen ziehen zum Abmarsch aus dem besetzten Gebiet bereit.

#### Die deutschen Studenten begnadigt

Nach einem Moskauer Telegramm hat das Zentrale Vollzugsamt beschlossen, das Gnadenrecht der Studenten Kundermann, Wollst und von Dymar zu berücksichtigen und die über sie verhängte Todesstrafe in langjährige Gefängnisstrafen umzuwandeln. Kundermann, Wollst und von Dymar werden ihre Strafen nicht in Moskau, sondern im Inneren Russlands verbüßen. Wie verlautet, kann von einem Austausch der Verurteilten gegen Geiseln im Tschetaprosch keine Rede sein, da der Austausch eine rein diplomatische Angelegenheit ist.

#### Amundsen

Oslo, 14. Juli. Das Storting nahm ohne Debatte gegen zwei Stimmen einen Antrag an, wonach die jährliche Bezahlung für Amundsen von 6000 auf 12000 Kr. zu erhöhen wird.

Berlin, 13. Juli. Der Reichsanwalt Dr. Feuchter, der einzige Deutsche, der den Polflug Amundsens mitgemacht hat, ist auf der Durchreise in Berlin eingetroffen und hat im Reichswehrministerium vorgesprochen. Der Leiter der Luftfahrtabteilung, Ministerialrat Brandenburg, sprach dem Polflieger seine Anerkennung über die unter schwierigsten Verhältnissen geleisteten Dienste im Flugzeug aus.

Oslo, 14. Juli. Zwischen Raold Amundsen und einer Berliner Konzernaktion wurde vereinbart, daß Amundsen Mitte September nach der seiner amerikanischen Reise Vorträge in Berlin und einigen europäischen Hauptstädten hält. Die genannte Aktion verpflichtet ferner Hjalmar Kiefer Barren, den 2. Kommandanten der Expedition, der in Amundsens Flugzeug die Polfahrt mitmachte, zu einer Reihe von Wiederholungen von Amundsens Vorträgen, die im Oktober in Mitteleuropa gleichfalls stattfinden sollen. Farbige Lichtbilder nach Originalaufnahmen erläutern die Vorträge.

#### Zunahme der Solinger Typhuserkrankungen

Solingen, 14. Juli. Die Zahl der an Typhus Erkrankten hat sich im Solinger Bezirk auf 60 erhöht. Bisher sind sechs Personen gestorben. In Gräfrath erkrankten neun, in Wald vier und in Hochscheid eine Person.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

Mittwoch bis Samstag  
**Reste-Tage**  
Große Mengen Reste, die sich in den letzten Wochen angesammelt haben  
**Herrn- und Damen-Kleiderstoffe**  
Waschstoffe, Baumwollwaren  
Aussteuer-Artikel, Gardinen  
Linoleum, Möbelstoffe  
kommen zu außergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf  
**W. Boländer**

**Piano**  
zu besonders günstigen Bedingungen die Ihnen den Kauf möglichst machen.  
**Lang**  
Kaiserstraße 107  
Salamander-Schuhhaus.  
Junges 4171  
**Mädchen**  
für Hausarbeit gesucht, demselben ist Gelegenheit geboten, lesen zu lernen.  
Kaiserstr. 66, 2 Treppen.

**AUXOLIN**  
stärkt u. reinigt den Haarboden u. verhindert die Schuppenbildung. Hinterläßt einen lieblichen, nicht aufdringlichen Veilchengesuch.  
Preis die Flasche M. 2 u. 3.-  
**Haarwasser**  
**F. WOLFF & SOHN**  
KARLSRUHE

Schul-Artikel  
Briefpapiere  
empfehlen  
Volksbuchhandlung  
Königsplatz 43. Tel. 3701.

**Wiener Operette im Städt. Konzerthaus.**  
Heute Mittwoch, den 15. Juli, abends 7 1/2 Uhr  
Erstaufführung der großen Ausstattungsoperette  
**Gräfin Mariza** Emmerich Kalman  
von  
Billettpreise v. Mk. 1.50 b. 5.00. Vorverkauf siehe Anschlagstuln.  
Morgen Donnerstag, 16. Juli, der Schlager der Saison  
Gräfin Mariza. 4168

**Pfannkuch**  
Weitere  
Waggon  
neue  
Italiener  
**Kartoffeln**  
eingetroffen  
schöne reife Ware  
3 Pfund  
**34 Pfg.**  
Zentner  
**950**

**KAFFEE BAUER**  
Heute Mittwoch, 8 1/2 Uhr abends  
**Großes Sonderkonzert**  
der verstärkten Kapelle.  
Aus dem Programm:  
Ouverture zu Rosamunde . . . Schubert  
Skandinavische Suite . . . Fredriksen  
Fantasie aus der Oper . . . Mozart  
Reverie (für Cello) . . . Goltzmann  
Gavotte (für Cello) . . . Popper  
Solist: Max Nermosan.

**Amtliche Bekanntmachungen**  
**Strassen-Pflasterung.**  
Die Pflasterung der Kollatrechstraße zwischen Schilde und Feuerstraße soll vergeben werden. Angebote sind bis längstens Donnerstag, den 23. d. Mts. vormittags 10 Uhr beim Hdt. Tiefbauamt, Rathaus - Zimmer Nr. 99 - polizei, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen abzugeben und auch die zu benutzenden Angebotsordere abzugeben und die zu benutzenden Angebotsordere abzugeben und die zu benutzenden Angebotsordere abzugeben.  
Karlsruhe, den 14. Juli 1925.  
Stdt. Tiefbauamt.

**Zählung der stellenlosen Angestellten betr.**  
Mit Rücksicht auf die katastrophalen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten findet zur Vorbereitung von Abhilfemaßnahmen durch die Reichsarbeitsverwaltung am Donnerstag, den 16. Juli 1925, vormittags von 7-12 Uhr und nachmittags von 2-5 Uhr eine Zählung sämtlicher stellenloser Angestellten, sowie der stellenlosen Lehrer, Lehrerinnen und Beamtenanwärter, die mit ihrer Berufung im Reichsland oder gemeindlichen Dienst in absehbarer Zeit nicht rechnen können, durch die Arbeitsämter und Angestelltenverbände statt.  
Zu diesem Zwecke werden von den Arbeitsämtern am 16. Juli 1925 weiße und von den Angestelltenverbänden grüne Fragebogen ausgegeben. Nach Vereinbarung mit den Vorstehenden der Angestelltenverbände werden weiße Fragebogen beim Arbeitsamt ausgegeben.  
Am 16. Juli 1925 haben sämtliche stellenlosen Angestellten unter Vorlage von Ausweispapieren zur Beurteilung der Angestelltenverhältnisse (Angestelltenversicherungsart etc.) sowie die oben bezeichneten Lehrer, Lehrerinnen und Beamtenanwärter persönlich und zwar:  
a) Die stellenlosen Angestellten, Lehrer etc. in a. Rhein, Bietigheim, Dirmersheim, Echesheim, Hügelsheim, Hiesheim, Müllingen, Ruppelheim, Muggensturm, Niederbühl mit Forch, Detigheim, Ottersdorf, Bittersdorf, Kastatt, Raental, Söllingen, Steinmauern, Wintersdorf, Waldreuthmeier und Wirmersheim beim Arbeitsamt Kastatt  
b) diejenigen der Gemeinden: Bismarck, Freilshaus, Hörden, Gaggenau, Michelbach, Oberndorf, Obermeier, Ottenau, Rotenfels, Selbach und Sulzbach bei der Zweigstelle des Arbeitsamtes in Gaggenau (Rathaus)  
c) diejenigen der Gemeinden: Murgtal, Bernersbach, Forbach, Gernsbach, Hirsbrunn, Langenbrand, Lautendach, Oberrot, Reichenhof, Staufenberg, Schuerrn und Weisenbach bei der Zweigstelle des Arbeitsamtes in Gernsbach (Rathaus)  
die Fragebogen abzuholen, auszufüllen und mit den Ausweispapieren wieder abzugeben. Kastatt, den 11. Juli 1925. 1332  
Arbeitsamt Kastatt:  
Gömann. Schuldecker.  
Für die dem „Hafund“ angeschlossenen Vereine, Verbände, Ortsgruppe Kastatt: S. G. H. A. L. 2. Karlsruher.  
Für den Gewerkschaftsbund der Angestellten: A. L. e. m. n.  
Für den deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband: K. e. b.  
Für den Verband der weibl. Handels- und Büroangestellten: A. M. i. n. e. L. u. b. w. i. g.

**Matjes-Heringe**  
3 45 Pfg.  
**Ägypter Zwiebel**  
5 60 Pfg.

**Eszet**  
Schokolade  
Kakao

**Durlacher Anzeigen**  
Verkauf der Straßenversteigerungskosten für den Steinweg u. für die Verkl. Bergstraße.  
Nach Beschluß des Stadtrats vom 8. d. Mts. sollen die Angreifer des Steinwegs und der verlängerten Bergstraße zu den Kosten der Herstellung dieser Straßen beigegeben und auf Grund des § 22 des Ortshausgesetzes vom 10. Oktober 1908 und vom 19. Dezember 1906, den Beschluß des Ortshausgesetzes betr. die bezügliche Gemeindefestsetzung herbeigeführt werden.  
Ich bringe dies mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntnis, daß der gefertigte Lageplan, aus welchem die Lage der einschlägigen Grundstücke zu ersehen ist, sowie der angelegte Liebesbrief des Aufwandes zu dessen Bezahlung die Grundstückseigentümer beigegeben werden sollen und die Höhe der beizugleichenden Grundbesitzer, in welcher die Größe der die Beitragspflicht begründenden Grundstücke, sowie der Maß der an die Straßen liegenden Grenze derselben und endlich die Höhe des von jedem der Grundstückseigentümer zu entrichtenden Beitrags angegeben ist, gemäß § 6 der obengenannten Verordnung vom Donnerstag, den 16. Juli d. J. ab, während 14 Tagen auf diesbezüglichen Rathaus, A. Stdt. Zimmer Nr. 6, öffentlich aufzulegen und daß daselbst innerhalb dieser Zeit Einwendungen bei Ausschlussvermeidung geltend zu machen sind.  
Durlach, den 14. Juli 1925. 1353  
Der Oberbürgermeister.

**Rastatter Anzeigen**  
Anfertigung der Bürgerabholliste für 1925 betr. Gemeindefestsetzung Bürger und Bürgerwitwen, welche von hier abziehend waren und in der Zeit vom 23. April 1924 bis dahin 1925 wieder hierher zurückgekehrt sind, werden aufgefordert, sich innerhalb 10 Tagen auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 10 - anzumelden.  
Unterlassung hat Nichtaufnahme in die Bürgerliste zur Folge.  
Rastatt, den 11. Juli 1925. 1362  
Der Oberbürgermeister.  
K. e. n. e. r.

**Pfannkuch**  
eingetroffen  
schöne reife Ware  
3 Pfund  
**34 Pfg.**  
Zentner  
**950**

**MÖBEL**  
in großer Auswahl und guten Qualitäten zu billigsten Preisen. - Zahlungsverleicherung. - Besuch lohnend.  
**Karl Eppler, Steinstr. 6**

**Arbeiter!** Berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten dieser Zeitung!

**Pfannkuch**  
Erfrischungs-Getränke  
**Apfelwein**  
3/4 Liter Inhalt  
Flasche 30 Pfg.  
einschl. Steuer  
Flaschenpfand 10 Pfg.  
- 4170  
Garantiert reiner  
**Himbeer-saft**  
1/2 Liter Inhalt  
Flasche 2.- Pfg.  
1/4 Liter Inhalt  
Flasche 1.20 Pfg.  
einschl. Flasche  
-  
**Citronen-saft**  
Flasche 55 Pfg.  
-  
**Citronen**  
3 Stück von 20 Pfg.  
an  
**Pfannkuch**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK



# Für Reise und Bad



## EXTRA- PREISE



### Bahnkoffer

mit ringsherumgeh. Hartholzbögen, mit Stoffbezug u. braun Oefarbe gestrichen, 2 guten Schlössern und Metallbeschlägen.

**Schiffskoffer** mit 1 Einsatz und Packgurten  
80 cm 90 cm 100 cm 110 cm  
28.— 32.— 36.— 39.50

**Herrenkoffer** mit 1 Einsatz und Packgurten  
80 cm 90 cm 100 cm 110 cm  
29.— 33.50 39.50 43.50

**Damenkoffer** mit 2 Einsätzen und Packgurten  
90 cm 100 cm 110 cm  
41.— 43.50 48.—

**Anzugkoffer** Ia. Hartplatte, m. 8 Schutzecken, Metallhandgriff, Springschloß und Packgurten  
55 cm 60 cm 65 cm 70 cm 75 cm  
4.25 5.— 6.— 6.75 7.75

**Anzugkoffer** aus guter Hartplatte, Krokodilprägung, mit 2 Springschlössern und Packgurten  
55 cm 60 cm 65 cm 70 cm 75 cm  
7.45 8.25 8.75 9.25 9.75

**Anzugkoffer** echt Vulkanfaser, mit 8 Schutzecken, Lederbezug, Metallgriff, 2 Springschlössern u. Packgurten  
50 cm 55 cm 60 cm 65 cm 70 cm 75 cm  
12.50 13.25 14.— 14.75 15.75 16.50

**Anzugkoffer** echt Vulkanfaser, mit 8 Schutzecken, gut. Stofffutter, Lederbezug, Metallgr., 2 Springschl. u. Packg.  
55 cm 60 cm 65 cm 70 cm 75 cm  
14.50 15.25 16.50 18.— 19.25

**Anzugkoffer** Rindvolled., hohe Form, mit Packriem.  
55 cm 60 cm 65 cm 70 cm 75 cm  
44.— 48.— 54.— 61.50 67.50

**Damenkoffer** gut. Kunstleder, m. Springschlössern  
39 cm 42 cm 45 cm  
6.25 7.25 8.—

**Damenkoffer** echt Vulkanfaser, mit Springschlöss.  
38 cm 39 cm 42 cm 45 cm  
6.25 7.— 7.50

**Damenkoffer** kräftiges Rindsplettleder, mit 2 Springschlössern und gutem Stofffutter  
38 cm 39 cm 42 cm 45 cm 50 cm  
16.75 17.75 19.— 21.— 22.75

### Bahnkoffer

(Marke Union)

mit ringsherumgehenden Hartholzbögen, mit Stoffbezug u. grüner Oelfarbe gestrichen, 2 guten Schlössern und Metallbeschlägen, innen mit gutem Stoff gefüttert.

**Schiffskoffer** mit Einsatz, Stiefelfach, Packgurten  
80 cm 90 cm 100 cm 110 cm  
29.50 32.— 34.50 37.50

**Herrenkoffer** mit Einsatz, Stiefelfach, Packgurten  
80 cm 90 cm 100 cm 110 cm  
33.50 36.— 38.50 42.50

**Damenkoffer** mit Einsatz, Stiefelfach, Packgurten  
90 cm 100 cm 110 cm  
39.— 41.— 43.50

**Reisetaschen** a. gutem Kunstleder od. Segeltuch mit solidem, 3-fach verschließbarem Bügel  
33 cm 36 cm 39 cm 42 cm  
4.65 5.— 5.45 5.90

**Reisetaschen** a. gutem Segeltuch, mit solidem, 3-fach verschließb. Bügel, extra breite Form  
33 cm 36 cm 39 cm 42 cm  
5.50 6.— 6.50 7.25

**Damen-Hutkartons** braun Lederpappe m. Lederriemen.  
35 cm 40 cm 45 cm 50 cm  
1.65 2.10 2.45 2.85

**Damen-Hutschachteln** Ia. Fournierholz m. Lederriemen  
35 cm 40 cm 45 cm 50 cm  
5.10 5.75 6.75 7.75

**Rucksäcke** für Kinder, aus gutem Stoff mit Lederriemen . . . . . 2.25 1.90 1.10

**Rucksäcke** für Damen u. Herren, a. kräft. Stoff, m. Rindlederriemen u. 1 Außentasche, 5.25 4.— 3.65

**Rucksäcke** f. Damen u. Herren, a. gutem Jägerleinen, mit Rindlederriemen, Ringkappe und Vortasche . . . . . 9.— 7.45 6.50 5.90

### Bade-Wäsche

Bade-Anzüge f. Kinder, schwarz Trikot mit farb. Besatz . . . . . 1.95 1.80 1.50

Bade-Anzüge f. Damen, m. farb. Paßpelz 2.80 2.10 1.95

Bade-Anzüge f. Damen eleg. Ausföhr. 6.90 5.25 4.25

Bade-Anzüge für Damen, mit Rock 26.— 23.50 12.00

Bade-Anzug „Forma“ mit Bstenhalter 18.50 15.— 7.60

Bade-Anzüge für Herren, schwarz Trikot 3.20 2.90

Bade-Anzüge f. Luft- u. Sonnenbäder, a. Knäpftrikot 2.75

Bade-Mützen . . . . . 1.90 1.65 1.25 95¢

Bade-Schuhe aus Bast . . . . . 2.95 2.50 1.45

Bade-Hosen Größe 1 2 3 4  
aus Kattun, schwarz u. rot 75¢ 85¢ 95¢ 1.10

Bade-Hosen Peritrikot Gr. 2 4 6  
40¢ 50¢ 65¢

Bade-Hosen Trikotstoff, schwa. u. rot Gr. 4 Gr. 5  
95¢ 1.20

### Frottier-Wäsche

Frottierhandtücher weiss . . . . . 1.95 1.65 1.10 95¢

Frottierhandtücher m. bant. Jac. Bordo 3.50 2.90 2.45

Badetücher für Kinder, weiss . . . . . 4.50 3.50 2.50

Badetücher für Erwachsene . . . . . 9.75 8.25 5.25

Bade-Mäntel für Damen u. Herren 34.— 32.— 27.—

### Toiletten-Artikel

Blumen-Seife . . . . . 3 Stück 70¢ Stück 25¢

Blumen-Seife . . . . . 3 Stück 40¢ Stück 15¢

Bade-Seife . . . . . 8 Stück 90¢ Stück 35¢

Königswasser . . . . . Flasche 1.10 80¢

Lawendel-Wasser . . . . . Flasche 1.10 85¢

Birkenwasser . . . . . Flasche 95¢

Eiskopfwasser . . . . . Flasche 1.50

Haarbürsten . . . . . Stück 95¢

Zahnbürsten gute haltbare Ware . . . . . Stück 75¢

Zahnbürstenhüllen oval und rund Stück 40¢ 35¢

Seifendosen . . . . . 50¢ 40¢

Taschenzerstüber versilbert . . . . . Stück 75¢

Schwammbeutel . . . . . von 65¢ an

Frisierhauben . . . . . Stück 95¢

Handspiegel Metall . . . . . Stück 1.50 1.20 80¢



### ZENTRAL-LICHTSPIELE

Programm bis einschli. 21. Juli der große MIA MAY-FILM dieser Saison

## Die Liebesbriefe der Baronin S.

in 6 Akten 4175

Das originelle Lustspiel in 4 Akten mit

## Pat u. Patachon

Filmfikt

Gute Begleitmusik Beste Ventilation.

---

**Bei Schlaflosigkeit**  
Nervosität inner. Unruhe ist Dr. Bullébs Schlaf- u. Nerventee von ungemein wohlthuend. Wirkung. Drog. J. Lösch, Herrenstr. 35, Wllh. Tscherning, Drog. Amalienstr. 19, H. Reicherst, Engel-Drog., Werdorpl. 44.

**Uhren Ketten Brochen Anhänger**  
in reicher Auswahl Reparaturen aller Art. Morgenstr. 12, K. Zepfel, Telefon 5641.

### Große Schweizer Kunstausstellung

19. Juli Karlsruhe 30. August

---

## Mietervereinigung Karlsruhe e. V.

Freitag, den 17. Juli 1925, abends 1/2 9 Uhr

# Mieter-Versammlungen

für West- und Südweststadt in der Restauration „Unter den Linden“, Kaiser-Allee 71, für Südstadt, Altstadt und übrige Bezirke im Kaffee Noiwat, Eitlingerstraße.

Tagesordnung:

### „Die ungeheure Belastung der Mieter — Wohnungselend ohne Ende“

Referenten: Herr Franz Kipphan, Werkmeister a. D., Herr August Abele, Vorsitzender. Hierzu laden wir die Mieter höflichst ein Der Vorstand.

### LASSALLIA

KARLSRUHE 1895

Der Gesangverein „Lassallia“ beauftragt am Sonntag, den 19. ds. Mts., im „Ruhigen Kraut“ ein

## Gartenfest

verbunden mit Preistegeln haben etc. Von 8 Uhr abends ab:

### Großer Ball

im Saal. Das Preistegeln beginnt schon am Samstag abend um 8 Uhr. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.

Der Vorstand.

NB. Freiwillige Gaben zum Glatzshafen werden noch beim Sängerborland 30 B 1, Werdorferstraße 70, oder im „Ruhigen Kraut“ am Sonntag morgen entgegen genommen. Der Obige.